

Krisenherde im Meer: Japans Territorialkonflikte

Hot spots at Sea: Japan's Territorial Conflicts

Andreas Beck

Territorial conflicts are found all around the globe. Many scholars consider them to be one of the main reasons why wars break out between nations. Especially in Asia, territorial conflicts are common to almost every state, causing regular friction in a highly sensible region. Even a relatively small state such as Japan has three unresolved territorial disputes on her agenda: the Northern Territories, the Senkaku Isles and the Takeshima Islands. This article examines Japans territorial conflicts from a constructivist point of view, focusing on identity and perception as variables. It analyzes the material and ideational value of the disputed islands and clarifies that the territorial conflicts are more about clashing identities than about resources.

1. Einleitung¹

Im Oktober 2009 kamen der japanische Premierminister Yukio Hatoyama, der chinesische Premier Wen Jiabao sowie der südkoreanische Präsident Lee Myung-bak in Peking zu einem Gipfeltreffen zusammen. In der anschließenden Pressekonferenz betonten die drei Regierungschefs die Dringlichkeit der Bildung einer »Ostasiatischen Gemeinschaft«, wie sie Hatoyama bereits im Wahlkampf angeregt hatte. Bereits zwei Monate später, am 25. Dezember 2009, wurde das Bild dieser Gemeinschaft getrübt, als der südkoreanische Außenminister den japanischen Botschafter

1. Der vorliegende Artikel beruht auf den Analyseergebnissen meiner Dissertation, die 2009 von der philosophischen Fakultät der Universität Münster angenommen wurde. Ich danke den Herausgebern des Japan Jahrbuches sowie den anonymen Gutachtern für wertvolle Hinweise.

einbestellte, um seiner Sorge bezüglich einer neuen japanischen Richtlinie für den Geschichtsunterricht an Oberschulen Ausdruck zu verleihen. In dieser Richtlinie werden Lehrer dazu angehalten, das Wissen ihrer Schüler bezüglich des japanisch-koreanischen Territorialstreits zu vertiefen (*THE JAPAN TIMES* 26.12.2009). Obwohl in der Richtlinie darauf verzichtet wurde, den Namen der umstrittenen Inseln zu erwähnen, hatten die Takeshima-Inseln (im koreanischen Dokdo genannt) erneut für Verstimmungen in den japanisch-südkoreanischen Beziehungen gesorgt.

Japan hat insgesamt drei Territorialkonflikte auf seiner politischen Agenda: Der bekannteste ist sicherlich der Konflikt um die Süd-Kurilen (in Japan als »Nördliche Territorien« (jap.: *Hoppō Ryōdo*) bezeichnet) zwischen Japan und Russland. Diese liegen vor der Küste Hokkaidōs und bestehen aus drei kleinen Inseln sowie einer Felsformation und wurden von der Roten Armee im August 1945 besetzt. Seit dieser Zeit fordert Japan die Inseln zurück. Der Konflikt um die Inseln hat dazu geführt, dass beide Staaten sich de jure noch im Kriegszustand befinden, da sie bis heute keinen Friedensvertrag ausgehandelt haben.

Zwischen der Volksrepublik China, Taiwan und Japan schwelt der Konflikt um die Senkaku-Inseln (im Chinesischen Diaoyu Tai genannt). Hierbei handelt es sich um eine Gruppe kleiner, unbewohnter Inseln zwischen Taiwan und Okinawa, die sich von 1895 bis 1945 in japanischem Besitz befanden, als sie kurzzeitig unter US-amerikanische Verwaltung kamen. Seit 1972 gehören sie wieder zu Japan und seit dieser Zeit erheben auch die Volksrepublik China bzw. Taiwan Ansprüche auf die Inseln.

Und schließlich belastet der bereits erwähnte Streit um die Takeshima-Inseln die japanisch-südkoreanischen Beziehungen. Diese zwei kargen Inseln liegen im Japanischen Meer zwischen der koreanischen Insel Ullüngdo und der japanischen Insel Oki. Sie wurden 1904 von Japan annektiert und gingen nach dem Zweiten Weltkrieg in koreanischen Besitz über. Seitdem fordert Japan die Inseln zurück.

Damit befindet sich Japan mit einem weiteren G8 Mitglied wegen einer kleinen Inselgruppe streng genommen noch im Kriegszustand, während die Beziehungen zu zwei seiner wichtigsten Handelspartner aufgrund von unbewohnten Inseln regelmäßig schweren Belastungsproben ausgesetzt sind.

Der vorliegende Artikel beschäftigt sich mit der Frage, warum sich Japans Territorialkonflikte bis heute einer Lösung entziehen. Dabei wird der Vermutung nachgegangen, dass bei diesen Konflikten nicht der materielle sondern vielmehr der ideelle Wert der Inseln für das lange Andauern der Konflikte entscheidend ist. Nach einer knappen Beschreibung der Genese der jeweiligen Konflikte sowie der aktuellen Entwicklung soll der materielle Wert der umstrittenen Inseln näher untersucht werden. Anschließend wird der ideelle Wert der Inseln Gegenstand der

Untersuchung sein. Dabei soll insbesondere die Identität Japans und die damit zusammenhängende gegenseitige Perzeption der Konfliktparteien zur Erklärung herangezogen werden. Welche Gesten und Signale sendet Japan an seine Nachbarn und wie werden diese aufgenommen? Was empfängt Japan seinerseits für Gesten und wie sind diese wiederum prägend für die eigene Identität? Bei der Beantwortung dieser Fragen wird insbesondere auf einen gemäßigten (Sozial)konstruktivismus zurückgegriffen, wie ihn etwa ALEXANDER WENDT (1999) vertritt. Der Konstruktivismus räumt ideellen Variablen wie Perzeption oder Identität mehr Raum ein als dies rationalistische Theorien vermögen. So sind beispielsweise dem Konstruktivismus zufolge die Identitäten der Akteure die Basis ihrer Interessen, so dass dieser theoretische Ansatz besonders dazu geeignet scheint, das ungewöhnlich lange Andauern der japanischen Territorialkonflikte zu erklären.

2. Der Senkaku-Konflikt

Bei den Senkaku-Inseln handelt es sich um fünf unbewohnte Inseln und drei Felsformationen im Ostchinesischen Meer. Die Inseln liegen ca. 125 Seemeilen nordöstlich von Taiwan, ca. 200 Seemeilen östlich vom chinesischen Festland und 185 Seemeilen südöstlich von Okinawa (SHAW 1999: 10). Seit eine Untersuchungskommission der UN dort Ende der 1960er Jahre große Erdölvorkommen vermutete, werden die Inseln, die 1895 ins japanische Staatsgebiet eingegliedert wurden und sich seit 1972 wieder in japanischem Besitz befinden, sowohl von Taiwan als auch von der Volksrepublik China beansprucht. Bei der Diskussion um die Souveränität über die Senkaku-Inseln haben sich zwei Positionen herausgebildet. Die chinesische Seite beruft sich dabei auf historische Quellen und Dokumente, um das Argument zu untermauern, China habe die Inseln vor Japan entdeckt und genutzt (SUGANUMA 2000: 45–47). Zudem führt China an, Japan habe die Inseln im Zuge des Friedensvertrages von Shimonoseki an sich gebracht und Japan habe zudem nach dem Zweiten Weltkrieg auf alle chinesischen Gebiete in seinem Besitz verzichten müssen.

Japan dagegen vertritt die Position, bei den umstrittenen Inseln habe es sich zum Zeitpunkt der japanischen Okkupation um terra nullius gehalten. Auch seien die Inseln 1895 erst nach Abschluss des Vertrages von Shimonoseki als Teil der Okinawa-Präfektur ins japanische Staatsgebiet eingegliedert worden. Japan führt des Weiteren an, dass China in den Jahren zwischen 1895 und 1970 keinerlei Ansprüche angemeldet habe.

Die Senkaku-Inseln blieben bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges in japanischem Besitz. Mit der Unterzeichnung des Vertrages von San Francisco 1951 wurden die Inseln als Teil der Ryūkyū-Inseln unter US-amerikanische Verwaltung gestellt. Erst 1972 gingen sie im Rahmen des »Okinawa-Reversion Agreement« wieder in japanischen Besitz über.

Im Mai 1969 veröffentlichte die United Nations Economic Commission for Asia and the Far East (ECAFE) einen Bericht, in dem die Vermutung geäußert wurde, es gebe reiche Erdöl- und Gasvorkommen in den Gewässern um die Senkaku-Inseln. Dadurch wurden sowohl Taiwan, als auch die Volksrepublik China auf die Inseln aufmerksam. 1970 bekräftigte Taiwan seine Ansprüche auf die Inseln, was zu einer diplomatischen Krise zwischen Japan und Taiwan führte. Als 1971 bekannt wurde, dass die USA die umstrittenen Inseln im Zuge des Okinawa Reversion Agreement an Japan zurückgeben würden, meldete Peking erstmals seine Ansprüche auf die umstrittenen Inseln an und es kam zudem zu anti-japanischen Protesten in Taiwan und der Volksrepublik China. Ab 1972 erkannte Japan die Volksrepublik China als alleinigen Vertreter der chinesischen Interessen an, wodurch Taiwan seine Interessen im Senkaku-Konflikt nicht länger auf diplomatischen Weg durchsetzen konnte.

Der Senkaku-Konflikt belastete die Beziehungen beider Länder erneut im Zuge der Verhandlungen bezüglich des Friedens- und Freundschaftsvertrags, die 1978 unter schwierigen Bedingungen stattfanden. Im Zuge der Verhandlungen tauchte eine Flotte chinesischer Fischerboote in der Nähe der Senkaku-Inseln auf. Die Flotte umkreiste die umstrittenen Inseln und entrollte Transparente, welche die Inseln als chinesisches Territorium deklarierten (CHUNG 2004: 36–38). Die japanische Botschaft in Peking protestierte gegenüber dem chinesischen Außenministerium, das jedoch nur Chinas Ansprüche auf die umstrittenen Inseln bekräftigte. Letztendlich wurde der Konflikt um die Senkaku-Inseln zugunsten des Friedensvertrages hinten angestellt.

Erst in den 1990er Jahren sorgten die umstrittenen Inseln wieder für Verstimmungen zwischen den beiden Ländern. So kam es 1990 zu massiven anti-japanischen Protesten in der Volksrepublik China und Taiwan als bekannt wurde, dass die japanische Maritime Safety Agency (MSA) einen Leuchtturm, der 1978 von der rechten japanischen Jugendorganisation Nihon Seinensha auf der größten der Senkaku-Inseln errichtet worden war, zu einem offiziellen Navigationspunkt machen wollte (DEANS 2000: 127). Taiwanische Aktivisten versuchten daraufhin, die umstrittenen Inseln zu erreichen, wurden allerdings von der japanischen Küstenwache vertrieben.

Zur bisher schwersten Krise im Senkaku-Konflikt kam es im Jahr 1996. Sowohl in Japan als auch in der Volksrepublik China stand die Ratifizierung der Seerechts-Konvention der Vereinten Nationen (UNCLOS III) bevor. Nach dieser Konvention ist es Staaten möglich, eine 200 Meilen große ausschließliche Wirtschaftszone («exclusive economic zone» – EEZ) festzulegen, in der es anderen Ländern beispielsweise nicht gestattet ist, Fischfang zu betreiben. Da die Entfernung zwischen den Küsten der beiden Länder weniger als 400 nautische Meilen beträgt, kommt es zu einer Überschneidung der jeweiligen EEZ. Schon im Vorfeld des Ratifizierungsprozesses drangen wiederholt chinesische Forschungsschiffe in die umstrittenen Gewässer ein, um beispielsweise Probebohrungen im Meeresgrund durchzuführen. Politiker beider Länder bekräftigten in dieser Zeit ihre Ansprüche auf die Senkaku-Inseln und machten deutlich, dass die Senkaku-Frage im Zuge des UNCLOS-Ratifizierungsprozesses nicht ausgeklammert werden würde. Auslöser der Krise war erneut ein Leuchtturm auf den umstrittenen Inseln. Im Juli 1996 erreichte die Nihon Seinensha die Senkaku-Inseln, um auf einer der kleineren Inseln einen zweiten Leuchtturm zu errichten. Nur sechs Tage später wurde UNCLOS vom japanischen Parlament verabschiedet und die Regierung verkündete, dass auch die umstrittenen Inseln in Japans EEZ lägen (DOWNS und SAUNDERS 1998/ 1999: 132). Beide Aktionen zogen Proteste der Bevölkerung Taiwans und Hongkongs nach sich. Der Besuch des Yasukuni-Schreins durch den japanischen Premierminister Hashimoto am 29. Juli sorgte für zusätzliche Irritationen bei Japans Nachbarländern. Als die Nihon Seinensha im September erneut auf den Inseln landete, um Reparaturen an einem der Leuchttürme vorzunehmen, weiteten sich die Proteste aus. So stürmten Demonstranten in Hongkong ein japanisches Warenhaus, während bei Protestkundgebungen in Taiwan japanische Flaggen verbrannt wurden. Auch die chinesische Regierung in Peking, die sich bisher aufgrund wirtschaftlicher Überlegungen zurückgehalten hatte, protestierte nun scharf gegen die Haltung in der Senkaku-Frage. Als Schiffe der japanischen Küstenwache versuchten, chinesische Demonstranten daran zu hindern, an den umstrittenen Inseln anzulegen, ertrank ein Aktivist aus Hongkong, was die anti-japanische Stimmung zusätzlich anheizte. In der Folgezeit gab es zahlreiche weitere Versuche von chinesischen Aktivisten, die Inseln zu erreichen. Erst 1997 normalisierten sich die Beziehungen wieder.

Seit dieser Zeit kommt es in regelmäßigen Abständen zu Ausbrüchen des Konfliktes. Dabei laufen diese Krisen meistens nach einem ähnlichen Muster ab: Entweder Aktivisten aus Taiwan oder der Volksrepublik China versuchen auf den umstrittenen Inseln zu landen, was in der Regel von der japanischen Küstenwache vereitelt wird; oder rechte japanische Gruppierungen oder Politiker besuchen die Inseln, was zu massiven anti-japanischen Protesten in China und Taiwan führt.

So drangen im Jahr 2002 dreizehn chinesische Aktivisten in die umstrittenen Gewässer ein, wo sie mehrere Stunden von der japanischen Küstenwache umzingelt wurden. Die Aktivisten verbrannten die japanische Flagge und warfen in Gedenken an den 1996 verstorbenen Aktivisten Blumen ins Wasser. Im März 2004 gelang es sieben chinesischen Aktivisten, auf den umstrittenen Inseln zu landen, wo sie von der japanischen Küstenwache festgenommen wurden. Entgegen der allgemein üblichen Praxis wurden sie nach ihrer Festnahme nicht sofort nach China abgeschoben, sondern wegen des illegalen Eindringens in japanisches Territorium in Haft genommen. China protestierte scharf gegen diese Vorgehensweise, trotzdem wurden die Aktivisten drei Tage festgehalten, bevor sie abgeschoben wurden (WEI SU 2005: 47–48).

Auffällig ist die starke emotionale Konnotation, die der Konflikt aufweist. Insbesondere die Bevölkerung Chinas zeigt nach japanischen Provokationen bezüglich der Inseln starke nationalistische Reaktionen, die von der chinesischen Führung bis zu einem gewissen Grad gutgeheißen werden, da sie daraus Legitimität schöpft. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, dass diese nationalistischen Reaktionen nicht auf die Bevölkerung der Volksrepublik beschränkt sind, sondern auch auf Taiwan, Hongkong, Macao sowie die chinesischstämmige Bevölkerung in Australien und den USA übergreift. Die Senkaku-Frage und die damit verbundene anti-japanische Haltung scheint eines der wenigen Themen zu sein, auf das sich die meisten Chinesen einig können, ob sie nun in Taiwan, der Volksrepublik oder gar im westlichen Ausland wohnen.

3. Der Takeshima-Konflikt

Bei den Takeshima-Inseln handelt es sich um eine kleine Inselgruppe, die im Japanischen Meer gelegen ist. Die Gruppe besteht aus zwei kleinen Inseln, die ca. 200 m voneinander entfernt sind, sowie mehreren Felsformationen. Die Gesamtfläche der Inseln beträgt ca. 0,18 km² (VAN DYKE 2007: 157). Sie sind 88 Kilometer von der koreanischen Insel Ullüngdo und 158 Kilometer von der japanischen Insel Okishima entfernt. Die Inseln bestehen weitgehend aus Felsen und sind daher für eine Besiedlung ungeeignet; seit 1954 stationiert Südkorea lediglich einige Angehörige der koreanischen Küstenwache auf ihnen. Auch hier vertreten Japan und Südkorea unterschiedliche Positionen, um ihre Souveränitätsansprüche zu untermauern. Südkorea führt zahlreiche historische Quellen an, um zu beweisen, dass die Inseln schon seit 512 n. Chr. Teil eines koreanischen Königreichs waren (KIM 2000: 37–38). Japan bestreitet dies und behauptet im Gegenzug, dass die Takeshima-Inseln be-

reits im siebzehnten Jahrhundert von japanischen Fischern genutzt wurden (MOFA 2004: 5). Im Jahr 1905 wurden die Takeshima-Inseln als Teil der Shimane-Präfektur ins japanische Staatsgebiet eingegliedert und verblieben bis 1945 in japanischem Besitz.

Nach der japanischen Kapitulation setzten die Alliierten einen Oberbefehlshaber ein (Supreme Commander for the Allied Powers), der die in den Konferenzen von Kairo und Potsdam beschlossenen Punkte ausführen sollte. Dieser veröffentlichte einige Verordnungen, so genannte SCAPINs (Supreme Commander for the Allied Powers Instructions), von denen einige auch Takeshima betrafen. Im SCAPIN 677, die am 29. Januar 1946 an die japanische Regierung gesandt wurde, legte der Supreme Commander fest, welche Gebiete Japan abgeben sollte. In der Verordnung wurde Takeshima explizit genannt und der japanischen Kontrolle entzogen. Dieses Dokument ist daher für viele koreanische Experten der Beweis, dass Japan die umstrittenen Inseln unrechtmäßig an sich brachte und die Souveränität darüber aufgeben musste, weil die Inseln zu jenen Gebieten zählten, welche Japan mit »Gewalt« und aus »Gier« an sich gebracht hatte, wie es in der Konferenz von Kairo festgehalten wurde. Japanische Experten halten dagegen, dass Japan lediglich seine Verwaltung über die erwähnten Gebiete aufgeben musste, aber nicht seine Souveränität. Auch heißt es im Abschnitt sechs der SCAPIN, dass diese Direktive keine Angaben über die endgültige Beschaffenheit des japanischen Staatsgebietes vornimmt (LEE 2002: 105).

In der SCAPIN 1033 vom 22. Juni 1946 wurde die sogenannte »MacArthur Line« eingeführt, welche die Gewässer festlegte, die japanische Fischer nutzen durften. Das Gebiet um Takeshima wurde ausdrücklich nicht in die Liste der genehmigten Gebiete aufgenommen. Es wurde japanischen Booten und deren Besatzung sogar untersagt, sich den Inseln auf 12 Meilen zu nähern, wobei sich auch in dieser Verordnung der Absatz findet, der besagt, dass es sich hierbei nicht um eine endgültige Grenzfestlegung handelt. Nachdem Japan mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages von San Francisco seine Souveränität wiedererlangt hatte, verlor die »MacArthur Line« ihre Gültigkeit. Der südkoreanische Präsident Syngman Rhee proklamierte am 18. Januar 1952 die so genannte »Rhee-Linie« (in Südkorea auch »Peace-Line« genannt), welche die gleiche Funktion ausüben und die Grenze im Japanischen Meer zwischen Japan und Südkorea festlegen sollte. Die Linie verlief im Schnitt im Abstand von 60 Meilen zur südkoreanischen Küste, womit sie auch die Takeshima-Inseln einschloss. Obwohl Japan scharf gegen die Proklamation der Rhee-Linie und die Einverleibung der umstrittenen Inseln protestierte, stationierte Südkorea 1954 eine kleine Garnison der Küstenwache auf einer der Takeshima-Inseln und errichtete darauf einen Leuchtturm sowie eine Radarstation. In den zähen

Verhandlungen, die der Normalisierung der Beziehungen beider Länder vorausgingen, die sich streng genommen von 1952 bis 1965 hinzogen und immer wieder unterbrochen wurden, war der Konflikt zwar auf offiziellen Tagesordnungen. Allerdings gingen die Positionen beider Länder so weit auseinander, dass man sich letztendlich »darauf einigte, uneinig zu sein« (BRIDGES 1993: 65) und die umstrittenen Inseln nicht im Vertrag erwähnte.

Zu einer ernsthaften Krise weitete der Takeshima-Konflikt sich erstmals 1996 aus. Wie im Fall des Senkaku-Konfliktes war auch hier die Ratifizierung von UNCLOS durch Japan und Südkorea Auslöser der Krise. Als südkoreanische Medien von Japans Plan berichteten, nach der erfolgten Ratifizierung von UNCLOS seine EEZ im Japanischen Meer so weit auszudehnen, dass auch die Takeshima-Inseln in ihr lägen, brach der Konflikt aus. So gab es eine Flut von Äußerungen seitens südkoreanischer Politiker, die den Besitzanspruch Südkoreas bekräftigten. Der südkoreanische Außenminister äußerte sich am 1. Februar dahingehend, dass Takeshima historisch, geographisch sowie juristisch ein integraler Teil Südkoreas sei. Das Verteidigungsministerium ließ verlautbaren, dass es alle militärischen Optionen prüfe, um angemessen auf Japans Vorgehensweise reagieren zu können (LAUNIUS 2002: 5). Als in Japan bekannt wurde, Südkorea habe mit dem Bau eines Piers auf einer der umstrittenen Inseln begonnen, bekräftigte der japanische Außenminister Ikeda am 9. Februar die japanischen Forderungen nach einer Rückgabe der Inseln und bezeichnete die Baumaßnahmen zudem als Angriff auf die Souveränität Japans (CHOI 2005: 476). Dass ein Außenminister sich zu dem Takeshima-Konflikt äußerte, war ungewöhnlich und führte in Südkorea zu massiven Protesten, bei denen auch die japanische Flagge verbrannt wurde. Im September des gleichen Jahres nutzte die LDP im Zuge der bevorstehenden Unterhauswahl das Thema der territorialen Konflikte als Wahlkampfthema, was die südkoreanischen Proteste erneut aufflammen ließ. Erst als 1998 in beiden Ländern neue Regierungen an die Macht kamen, entspannten sich die Beziehungen merklich. Zudem begann sich die schwere Wirtschaftskrise in Asien abzuzeichnen, was zur Folge hatte, dass beide Konfliktparteien einen pragmatischeren Kurs bezüglich der Takeshima-Frage verfolgten.

Seit der Krise von 1996/1997 ist der Takeshima-Konflikt immer wieder ausgebrochen. Auch bei diesem Territorialkonflikt lässt sich ein Muster erkennen: So sind die Auslöser der Krisen oftmals Bekräftigungen der Souveränitätsansprüche beider Länder, welche die Emotionen auf beiden Seiten hochkochen lassen. Solche Bekräftigungen der eigenen Ansprüche bzw. die offiziellen Proteste gegen die Souveränitätsansprüche der Gegenseite sind vom völkerrechtlichen Standpunkt aus wichtig, da Regierungen ihre Territorialansprüche von Zeit zu Zeit offiziell machen müssen, um diese nicht verfallen zu lassen (Prinzip der Acquiescence).

1999 wurde in Südkorea bekannt, dass mehrere japanische Familien aus der Shimane-Präfektur ihren Wohnsitz symbolisch nach Takeshima verlegt hatten. Dies führte dazu, dass südkoreanische Bürgerbewegungen eine ähnliche Aktion ins Leben riefen und sich bis 2004 über 900 Südkoreaner auf Takeshima registrieren ließen (CHOI 2005: 482). Im September 2000 gab der japanische Premierminister Mori dem südkoreanischen Rundfunk ein Interview, in dem er Japans Ansprüche auf Takeshima bekräftigte. Zwar wurde die entsprechende Stelle vor der Ausstrahlung herausgeschnitten, um den Beziehungen beider Länder, die sich gerade verbesserten, nicht zu schaden. Es tauchte kurz nach der Ausstrahlung jedoch eine Abschrift des Interviews auf, was zu wochenlangen anti-japanischen Protesten in Südkorea führte. Auch die Regierung in Seoul reagierte prompt und verurteilte Moris Aussagen. Anfang 2004 drang die Nachricht nach Japan, Südkorea plane die Einführung von »Takeshima-Briefmarken«, auf denen die Inseln samt der dortigen Flora und Fauna abgebildet werden sollten. Der damalige japanische Postminister Tarō Asō reagierte auf die Nachricht mit der Äußerung, Japan werde derartig frankierte Briefmarken nicht annehmen. Die entsprechenden Briefmarken fanden in Südkorea reißenden Absatz und die 2,2 Millionen Bögen waren bereits nach kürzester Zeit ausverkauft (KOO 2005: 30). 2005 sorgte erneut ein Interview für Ärger, dieses Mal das des japanischen Botschafters in Seoul. Auch er bezeichnete Takeshima als unumstößlichen Teil des japanischen Territoriums. Zugleich wurde in Südkorea bekannt, dass der Antrag der Shimane-Präfektur, den 22. Februar zum »Takeshima Tag« zu ernennen, gebilligt worden war. Die Präfektur wollte so das hundertjährige Jubiläum der japanischen Annexion der Inseln begehen. Sowohl dieses Vorhaben als auch das Interview riefen erneut die südkoreanischen Bürgerbewegungen auf den Plan, die zahlreiche Protestkundgebungen organisierten (ZOLOTOV 2006: 29–30). Zur vorläufig schwersten diplomatischen Krise wegen der Takeshima-Inseln kam es im Juli 2008. Als bekannt wurde, das japanische Bildungsministerium plane, eine neue Richtlinie zu erlassen und den Takeshima-Konflikt stärker in den Unterricht einzubringen, zog Seoul seinen Botschafter aus Tōkyō ab (*THE JAPAN TIMES* 14.07.2008). Auch weigerte sich die südkoreanische Regierung, im Rahmen eines Gipfels in Singapur mit der japanischen Delegation zusammenzutreffen. Seoul kündigte außerdem an, die Politik der »quiet diplomacy«, also das bewusste Herunterspielen des Konfliktes, aufgeben zu wollen.

Auch der Takeshima-Konflikt ist stark emotional behaftet. Besonders die Bewohner Südkoreas reagierten auf japanische Bekräftigungen der Souveränitätsansprüche äußerst ungehalten. So bestehen in Südkorea zahlreiche Bürgerbewegungen, welche die umstrittenen Inseln zum Gegenstand haben. Diese sind oftmals der treibende Motor hinter den anti-japanischen Protesten und üben zudem großen Druck

auf die südkoreanische Regierung aus, eine harte Position in der Takeshima-Frage einzunehmen. Hatten solche Bürgerbewegungen in Zeiten der südkoreanischen Militärdiktatur keine Möglichkeit, sich zu formieren, sind sie seit der Demokratisierung ein wichtiger politischer Akteur geworden.

4. Der Kurilen-Konflikt

Bei den südlichen Kurilen handelt es sich um drei kleine Inseln sowie eine Felsformation nördlich von Hokkaidō. Die japanischen Namen der Inseln lauten Etorofu, Kunashiri, Shikotan und Habomai. Diese Inseln befanden sich seit 1798 in japanischem Besitz, was von Russland in dem 1855 in Shimoda unterzeichneten »Vertrag über Frieden und Freundschaft zwischen Japan und Russland« anerkannt wurde und blieben bis 1945 japanisches Territorium. Am 8. August 1945 erklärte die Sowjetunion Japan trotz eines bestehenden Neutralitätspaktes den Krieg. Die heute umstrittenen Inseln wurden erst nach der japanischen Kapitulation von der Sowjetunion besetzt – die Einnahme der Habomai-Gruppe durch die rote Armee erfolgte am 5. September 1945. Die ca. 18.000 japanischen Einwohner der Inseln wurden vertrieben und die gesamte Kurilen-Kette wurde 1946 per Dekret in das sowjetische Staatsgebiet eingegliedert. Im Friedensvertrag von San Francisco verzichtete Japan auf die Kurilen, wobei diese nicht näher definiert waren. Japans Standpunkt ist seitdem, dass die heute umstrittenen Inseln nicht zur Kurilen-Kette gehören. Sie werden deshalb als »Nördliche Territorien« bezeichnet. 1955 schien eine Lösung des Konfliktes in greifbarer Nähe, als die Sowjetunion im Zuge der Friedensverhandlungen mit Japan den Vorschlag machte, Shikotan und die Habomai-Gruppe an Japan zurückzugeben. Japan lehnte dieses Angebot erst auf Druck der USA ab, so dass ein Friedensvertrag nicht zustande kam. In der 1956 unterzeichneten »Joint Declaration« nahmen beide Staaten diplomatische Beziehungen auf und die Sowjetunion erklärte sich bereit, die Inseln Shikotan und Habomai an Japan zurückzugeben, sobald ein Friedensvertrag zwischen beiden Ländern unterzeichnet würde. Mit der 1960 erfolgten Verlängerung des US-japanischen Sicherheitsbündnisses verschlechterten sich die Beziehungen beider Staaten jedoch rapide. So änderte die Sowjetunion die Bestimmungen der »Joint Declaration« eigenmächtig und forderte nun den Abzug aller ausländischen Truppen von japanischem Boden vor Zustandekommen eines Gebietstransfers. Eine Lösung des Territorialstreits schien in weite Ferne gerückt und die UdSSR vertrat den Standpunkt, es gebe hinsichtlich der Territorien keine offenen Fragen zwischen beiden Staaten.

Seit der Unterzeichnung der »Joint Declaration« gab es immer wieder Initiativen, den Konflikt friedlich beizulegen. Dabei lassen sich die japanisch-sowjetischen Beziehungen in verschiedene Phasen unterteilen, die in Abhängigkeit zu den Phasen der Entspannung bzw. Verschärfung innerhalb des Ost-West-Konfliktes stehen. Japan beharrte während des Kalten Krieges auf einer Rückgabe aller vier Inseln. Zudem verknüpfte Japan in seinem Umgang mit der Sowjetunion wirtschaftliche und politische Fragen. So wurden beispielsweise Pläne, gemeinsam mit der Sowjetunion Rohstoffvorkommen in Sibirien abzubauen, wieder auf Eis gelegt, als es keine Anzeichen für eine mögliche Einigung im Territorialstreit gab (HARA 1998: 131). Galt in der japanischen Außenpolitik normalerweise das Prinzip der Trennung von Politik und Wirtschaft (*seikei bunri*), was sich etwa daran zeigte, dass die ideologische Ausrichtung von Staaten in der Wirtschaftsdiplomatie keine große Rolle spielte, kehrte man dieses Prinzip im Umgang mit der Sowjetunion um: Das Prinzip der Verknüpfung von wirtschaftlichen mit politischen Fragen (*seikei fukabun*) sollte bis Anfang der 1990er Jahre ein Instrument der japanischen Russlandpolitik bleiben.

Bis zur Machtübernahme Gorbatschews 1989 gab es kaum Bewegung in der Territorialfrage. Dieser erkannte bei seinem Japanbesuch 1991, dem ersten Besuch eines sowjetischen Staatschefs überhaupt, den Territorialkonflikt immerhin an. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 waren die Hoffnungen in Japan groß, zu einer Lösung im Kurilen-Konflikt zu gelangen. Doch auch unter Boris Jelzin blieb der erhoffte Durchbruch aus. Jelzin, der zwei angekündigte Japanbesuche kurzfristig abgesagt hatte, war bei seinem 1993 schließlich erfolgten Staatsbesuch nicht zu Zugeständnissen bereit. In der »Tokyo Declaration« einigten sich beide Staatschefs lediglich darauf, auf einen Friedensvertrag hinzuarbeiten. Als ein Höhepunkt der japanisch-russischen Beziehungen können die beiden informellen Gipfeltreffen zwischen Jelzin und dem japanischen Premierminister Hashimoto angesehen werden, die 1997 und 1998 stattfanden. So wurde der »Jelzin-Hashimoto-Plan« ins Leben gerufen, der u.a. ein größeres finanzielles Engagement Japans in Russland beinhaltete. Im Zuge dieser Gipfeltreffen wurden auch verschiedene Abkommen getroffen, z.B. ein Fischereiabkommen, welches es japanischen Fischern gestattete, die Gewässer der umstrittenen Inseln zu nutzen. Die Kurilen-Problematik konnte jedoch keiner Lösung zugeführt werden.

Auch unter Jelzins Nachfolger Wladimir Putin hatte der Territorialkonflikt noch Bestand. Bei einem Treffen zwischen Putin und dem japanischen Premierminister Mori 2001 wurde das »Irkutsk Joint Statement« unterzeichnet. Darin wurde erstmalig die »Joint Declaration« von einem russischen Staatschef in einem offiziellen Dokument bestätigt. Putin stellte der japanischen Delegation eine Rückgabe der Inseln Shikotan und Habomai in Aussicht, machte jedoch auch deutlich, dass dies

Russlands letztes Angebot sei (*THE JAPAN TIMES* 27.03.2001). Moris Nachfolger Koizumi beharrte jedoch auf eine Rückgabe aller vier Inseln, so dass es auch während seiner Administration zu keiner Annäherung im Territorialstreit kam.

Zu einem traurigen Höhepunkt kam es im Kurilen-Konflikt, als ein japanisches Fischerboot im Jahre 2006 in den umstrittenen Gewässern von der russischen Küstenwache aufgebracht wurde, wobei ein Japaner starb (*THE JAPAN TIMES* 17.08.2006).

Obwohl es zwischen 2006 und 2010 zu zahlreichen Treffen hochrangiger Politiker beider Staaten kam und bei diesen Gelegenheiten auch die wirtschaftliche Kooperation, insbesondere auf dem Energiesektor, ausgeweitet wurde, steht der Kurilen-Konflikt auch nach über 60 Jahren immer noch zwischen den beiden Staaten und verhindert eine völlige Aussöhnung. Auch Premierminister Hatoyama, dessen Großvater 1956 einer der Unterzeichner der »Joint Declaration« war, vertritt eine »Vier-Insel-Position«. Eine Lösung des Konfliktes in naher Zukunft ist daher nicht zu erwarten.

5. Wertvolle Inseln?

Japans Territorialkonflikte sind also ausgesprochen langlebig und entziehen sich bis heute einer Lösung. Rationalistischen Annahmen zufolge müssten die umstrittenen Inseln daher den Konfliktparteien einen Machtzuwachs beschern, der die kompromisslosen Positionen der involvierten Staaten ausreichend erklärt. Im Folgenden soll daher der wirtschaftliche und strategische Wert der umstrittenen Inseln untersucht werden.

5.1 Der materielle Wert der Senkaku-Inseln

Auf den Senkaku-Inseln selbst finden sich keinerlei Rohstoffe. Allerdings ist das Ostchinesische Meer, in dem die Inseln gelegen sind, reich an Fischgründen. Da es schon früh zu Zusammenstößen zwischen japanischen und chinesischen Fischern kam, unterzeichneten Japan und China bereits 1955 das erste Fischereiabkommen, welches noch inoffiziellen Charakter hatte, da die beiden Staaten erst 1972 diplomatische Beziehungen aufnahmen. Das erste offizielle Abkommen wurde 1975 unterzeichnet und 1978 sowie 1985 verlängert. Nach der Ratifizierung von UNCLOS 1994 und den damit verbundenen Änderungen des Seerechts wurde eine Neuauflage des Abkommens nötig. Dieses wurde nach zähen Verhandlungen 1997 unterzeichnet

und trat 2000 in Kraft (VALENCIA und AMAE 2003: 193). Darin gestehen beide Länder den Fischern der Gegenseite das Recht zu, in der jeweiligen EEZ nach der Erteilung einer Lizenz Fischfang betreiben zu dürfen. Darüber hinaus legten die beiden Staaten in dem Abkommen eine »Provisional Measures Zone« (PMZ) fest, die sich vom 30. bis zum 27. Breitengrad erstreckt. In diesem Gebiet, in dem sich EEZs beider Staaten überlappen, dürfen die Schiffe beider Staaten ohne vorherige Ankündigung fischen. Das Gebiet südlich des 27. Breitengrades, in dem sich auch die umstrittenen Inseln befinden, wurde bewusst ausgeklammert. Beide Staaten kooperieren auf dem Gebiet des Fischfanges also schon lange miteinander. Zudem ist China der weltweit größte Exporteur von Fischprodukten und Japans wichtigster Handelspartner für Fisch und Meeresfrüchte. Da das Gebiet um die Senkakus im Vergleich zu der PMZ einen äußerst kleinen Bereich des Ostchinesischen Meeres ausmacht, kann der Wert der Fischgründe nicht das ausschlaggebende Argument für die starren Positionen beider Länder im Senkaku-Konflikt sein.

Das Ostchinesische Meer ist zudem reich an Öl- und Gasvorkommen, wobei diese Vorkommen sich nicht auf das Gebiet um die Senkakus beschränken, sondern sich über den gesamten Festlandsockel des Ostchinesischen Meeres erstrecken. Bei der Frage, wie die endgültige Festlegung der Meereszonen im Ostchinesischen Meer vorgenommen werden soll, gehen die Meinungen Japans und Chinas auseinander, was regelmäßig für Spannungen sorgt. China etwa verfolgt bei der Abmessung seines Festlandsockels das Prinzip der »natural prolongation«, d.h. es vertritt die Meinung, der Festlandsockel erstreckte sich bis zum Graben von Okinawa, womit die vollen 350 Seemeilen, die nach UNCLOS für einen Festlandsockel legitim sind, ausgeschöpft wären. Japan dagegen beharrt auf dem Prinzip der »medial line«, also der Mittellinie zwischen den beiden Küsten. China lehnt diese Mittellinie jedoch ab. Allerdings ist dieser Konflikt losgelöst vom Senkaku-Konflikt zu betrachten (VALENCIA 2007: 127–167). Zudem konnten Japan und China 2008 nach schwierigen Verhandlungen ein Rahmenabkommen über die Zusammenarbeit im Ostchinesischen Meeres schließen und sich u.a. darauf einigen, in einem festgelegten, bisher unerschlossenen Gebiet des Ostchinesischen Meeres gemeinsam mit der Ausbeutung der Rohstoffe zu beginnen (DRIFTE 2008: 36).

Japan hat darüber hinaus inzwischen in einem 340 km² großen Gebiet im Ostchinesischen Meer mit der Prospektierung des Meeresbodens begonnen, um seltene Metalle und hydrothermale Vorkommen aufzuspüren. Allerdings wird mit dem systematischen Abbau der vermuteten Ressourcen nicht vor 2020 gerechnet (*THE JAPAN TIMES* 26.04.2010). Die vermuteten Rohstoffvorkommen im Gebiet der umstrittenen Inseln sind im Vergleich zum gesamten Festlandsockel des Ostchinesischen Meeres als gering einzustufen.

Auch der strategische Wert der Inseln ist nicht groß genug, um das lange Andauern des Konfliktes zu erklären. Ihr größter strategischer Wert liegt in ihrer Nähe zu Taiwan. Für China bleibt die Verhinderung einer Unabhängigkeit Taiwans eines der wichtigsten Ziele überhaupt, während Taiwan für Japan von strategischer Bedeutung ist, da ein Großteil des Schiffsverkehrs durch die Strasse von Luzon führt. Die Senkaku-Inseln liegen 166 km vor der Küste Taiwans und könnten somit im Falle eines Ausbrechens des Taiwan-Konfliktes strategisch genutzt werden. China könnte beispielsweise die Befürchtung hegen, dass Japan darauf Truppen oder Waffensysteme in Stellung bringt, welche die Invasionsstreitmacht China bedrohen könnten. Umgekehrt könnte China im Falle einer Eskalation des Konfliktes die Inseln an sich bringen und wäre damit in Besitz einer Marinebasis nahe an der Ryūkyū-Inselkette und somit auch nahe an der US-Basis auf Okinawa.

Allerdings ist fraglich, welche Rolle diese ausgesprochen kleinen Inseln in Zeiten von hochmoderner Waffentechnologie spielen sollen. Chinas Marine ist in den vergangenen Jahren massiv modernisiert worden und besitzt schon heute »blue-water« Kapazitäten, die in den nächsten Jahren noch weiter ausgebaut werden dürften (JI 2006: 71–96). Auch die japanische Marine ist in den vergangenen Jahren modernisiert worden und beispielsweise im Besitz von Kriegsschiffen mit AEGIS-Technologie (HUGHES 2005: 105–136). Ferner sind die südlichsten Ausläufer der Ryūkyū-Inselkette näher an Taiwan gelegen, als die umstrittenen Inseln. Zudem sind die Senkaku-Inseln nicht unmittelbar an einer Meerenge gelegen, so dass der jeweilige Besitzer der Inseln keinen direkten Einfluss auf den Schiffsverkehr der Region ausüben kann. Der Besitz der Senkaku-Inseln beeinflusst das Kräftegleichgewicht zwischen Japan und China in militärischer Hinsicht also nicht. Was zudem gegen den strategischen Wert der umstrittenen Inseln spricht, ist die Tatsache, dass Japan es nie für nötig gehalten hat, die Senkaku-Inseln in irgendeiner Form militärisch zu nutzen. Weder sind die Inseln in irgendeiner Form fortifiziert worden, noch sind auf ihnen Truppen stationiert.

5.2 Der materielle Wert der Takeshima-Inseln

Die Takeshima-Inseln sind ausgesprochen klein und bergen keinerlei Rohstoffe. Auch finden sich in dem Gebiet um die Inseln keine Öl- oder Gasvorkommen. Jedoch liegen manchen Experten zufolge ausgezeichnete Fischgründe in der Nähe der Inseln. Doch auch Japan und Südkorea kooperieren auf dem Gebiet des Fischfangs schon lange. Das erste Abkommen wurde 1965 geschlossen und beinhaltete u.a. Fangquoten und die Einrichtung einer gemeinsamen Kommission. Nach der Ratifi-

zierung von UNCLOS durch beide Staaten 1996 wurde eine Revision des bestehenden Abkommens notwendig, welche nach zähen Verhandlungen 1998 erfolgte. Im Abkommen wurden u. a. erneut Fangquoten festgelegt und eine gemeinsame Fischfangkommission sowie verschiedene Meereszonen eingerichtet. So wurden neben den neu geschaffenen EEZs, in denen der jeweilige Besitzer exklusive Fangrechte besitzt, auch zwei »Intermediate Zones« geschaffen, in denen die Fangflotten beider Länder operieren dürfen. Während die eine dieser Zonen im Ostchinesischen Meer gelegen ist, liegt die andere im Japanischen Meer. Interessanterweise liegen auch die umstrittenen Takeshima-Inseln in dieser Zone, auch wenn sie von japanischen Booten nicht angefahren werden dürfen, da die Inseln Anspruch auf ein Küstengewässer von 12 Meilen haben. Die Fischgründe um die umstrittenen Inseln sind im direkten Größenvergleich mit den im Japanischen Meer festgelegten »Intermediate Zones« äußerst klein, womit das Argument, der Konflikt drehe sich um die Fischvorkommen, nicht stichhaltig erscheint.

Auch ein strategischer Wert der Takeshima-Inseln ist nicht ersichtlich. Kennzeichnend für die Sicherheitspolitik sowohl Japans als auch Südkoreas ist das enge militärische Bündnis beider Staaten mit den USA, weswegen beide Staaten als »Quasi-Alliierte« bezeichnet werden (CHA 2000a: 261). Ein militärischer Konflikt zwischen den beiden Ländern, in dem der strategische Wert der Takeshima-Inseln zum Tragen kommen könnte, erscheint vor dem Hintergrund des gemeinsamen Bündnispartners USA und der guten Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik mehr als unwahrscheinlich. Zudem besitzen die umstrittenen Inseln keinen signifikanten strategischen Wert und sind für die Sicherheit der beiden Länder nicht von Bedeutung. Wurden die Inseln im Vorfeld des Russisch-Japanischen Krieges noch dazu genutzt, die russischen Flottenbewegungen zu beobachten, ist diese Funktion in Zeiten moderner Kriegsführung weggefallen. Zwar hat Südkorea auf einer der beiden Inseln 34 Mitglieder der Küstenwache stationiert und auch ein Schiffsdock gebaut, welches 1997 fertig gestellt wurde, allerdings ist dies wohl eher als symbolischer Akt zu verstehen und kein Beweis für den strategischen Wert der Takeshima-Inseln.

5.3 Der materielle Wert der »Nördlichen Territorien«

Der wirtschaftliche Wert der umstrittenen Inseln ist ausgesprochen gering. Öl- oder Gasvorkommen finden sich auf keiner der Inseln, lediglich die beiden größeren Inseln Etorofu und Kunashiri weisen neben einer dichten Bewaldung auch reiche Erzvorkommen, wie beispielsweise Zink, Kupfer, und Nickel, auf. Allerdings müss-

ten aufgrund des rauen Klimas und der dürftigen Infrastruktur der Inseln große Summen investiert werden, um überhaupt an diese Ressourcen heranzukommen (WILLIAMS 2007: 21). Auch im Kurilen-Konflikt machen die Fischgründe der Inseln den eigentlichen wirtschaftlichen Wert aus. Seit 1998 ist es japanischen Fischern erlaubt, gegen eine Gebühr und unter Aufsicht, in den Gewässern zu fischen. Im Jahre 2000 wurde dieses Abkommen erneuert, allerdings darf Japan lediglich 2300 Tonnen Fisch fangen, was weniger als 1% der Fischvorkommen ausmacht. Zudem werden die Gewässer schon lange von japanischen Wilderern genutzt, was von japanischer Seite nicht unterbunden wird. Japanische Behörden vertreten den Standpunkt, dass die Wilderer nichts Unrechtmäßiges tun, da die Inseln und damit auch die Fischgründe zu Japan gehören. Da Japan de facto schon Zugang zu den Gebieten hat, können die Fischgründe als Argument für die wirtschaftliche Bedeutung der Inseln also nicht geltend gemacht werden.

Russland führt häufig das Argument ins Feld, eine Rückgabe der Inseln bringe große strategische Nachteile mit sich. In den 1970er Jahren war den umstrittenen Inseln in der Tat ein strategischer Wert zuzusprechen, da die Sowjetunion einen großen Teil ihrer U-Boot-gestützten Nuklearraketen wegen ihrer geringen Reichweite im Ochotskischen Meer stationierte. Damit gewannen auch die südlichen Kurilen an strategischem Wert, da sie mit den nördlichen Kurilen einen Bogen bilden, der von Hokkaidō bis nach Kamtschatka reicht und so das Ochotskische Meer vom Pazifik trennt (JUKES 1993: 2007). Inzwischen hat sich die Reichweite der Nuklearraketen jedoch soweit erhöht, dass die U-Boote ihre Ziele auch etwa von der Barentssee aus erreichen können und nicht mehr auf Stützpunkte im Pazifik angewiesen sind. Abhörtanlagen oder gegen Russland gewandte Stützpunkte machen auf den Süd-Kurilen wenig Sinn, da große Teile Hokkaidōs näher am russischen Festland liegen als die umstrittenen Inseln. Während man für die sowjetische bzw. russische Seite zumindest in den Zeiten des Kalten Krieges einen strategischen Nutzen in den Süd-Kurilen erkennen konnte, wird der strategische Wert der Inseln für Japan dagegen nicht ersichtlich. Zu diesem Schluss kommt auch das japanische Verteidigungsweißbuch, das den Wert der Inseln seit 1995 entsprechend herabgestuft hat.

6. Konfligierende Identitäten?

Der materielle Wert der umstrittenen Gebiete erklärt die starren Positionen der Konfliktparteien und das ungewöhnlich lange Andauern der Konflikte nicht ausreichend. Im Folgenden soll untersucht werden, welche Rolle die jeweiligen Identitäten

der Konfliktparteien spielen. Bezeichnet der Begriff »Identität« zunächst einmal, wie sich ein »Selbst« (self) in Abgrenzung zu einem »Anderen« (other) wahrnimmt, soll hier besonders auf das Konzept der Rollenidentität eingegangen werden, wie es etwa ALEXANDER WENDT (1999: 227–228) gebraucht. Dabei spielen vor allem der »ego-part«, also die Eigendefinition des Rolleninhabers, sowie der »alter-part«, also die Verhaltenserwartung bzw. die Perzeption anderer Staaten, eine wichtige Rolle. Diese Form der Identität kann im internationalen System sowohl konfligierende als auch kooperative Ausprägungen annehmen, so dass »Freund« genauso eine Rollenidentität darstellen kann wie »Feind« oder »Rivale«. Auch ist es für Staaten nicht immer möglich, eine bestimmte Rollenidentität, etwa die des Feindes, abzulegen, wenn ein anderer Staat diese Rollenidentität reproduziert.

6.1 Japans Eigenwahrnehmung

Galt Japan lange Zeit als »Zivilmacht« (MAULL 1990: 91), also als ein Staat, der sich bei seiner Außenpolitik in erster Linie auf Instrumente wie Handel, Entwicklungshilfe und multilaterale Institutionen verlässt und solchen Mitteln wie Gewalt oder militärischer Macht als politisches Instrument ablehnend gegenübersteht, lässt sich seit einigen Jahren ein Wandel der japanischen Eigenwahrnehmung beobachten (CATALINAC 2007: 58–100). Japan ist darum bemüht, ein »normaler« Staat zu werden; ein Staat, der Verantwortung im internationalen System übernimmt und auch im sicherheitspolitischen Bereich eine Rolle spielt, die seinen Ressourcen angemessen ist. Am offensichtlichsten sind diese Bemühungen in der Sicherheitspolitik. Seit dem diplomatischen Debakel des ersten Golfkrieges, als Japans Beschränkung auf ein finanzielles Engagement als »Scheckbuch-Diplomatie« abgetan wurde, hat Japan Schritt für Schritt seine sicherheitspolitische Rolle ausgeweitet. So wurde 1991 das PKO-Gesetz (Law on Cooperation in UN Peacekeeping and Other Operations) auf den Weg gebracht, das es japanischen Truppen gestattete, unter strengen Auflagen an UN-Missionen teilzunehmen. Gab es in dieser Zeit aufgrund der starken anti-militaristischen Haltung innerhalb der japanischen Gesellschaft noch zahlreiche Proteste gegen das Gesetz, wurde mit den ersten erfolgreichen Teilnahmen an UN-Missionen, etwa 1992 in Kambodscha oder 1996 in den Golan-Höhen, die psychologische und normative Barriere, welche die Auslandseinsätze darstellten, durchbrochen und die Einsätze von der Mehrheit der Bevölkerung gutgeheißen (ARASE 2007: 566). Diverse »Schocks«, etwa die Raketentests Nordkoreas 1993 und 1998, der nukleare Test Nordkoreas 2006 oder die Taiwan-Krise 1996, haben zudem zu einem Gefühl der Unsicherheit in Japan geführt und dafür gesorgt, dass die

Verfassung, deren Artikel 9 das Recht auf Streitkräfte und Kriegsführung verbietet, immer flexibler ausgelegt wurde.

Insbesondere nach dem 11. September 2001 wurden die normativen Fesseln der »Friedensverfassung« weiter gelockert (NABERS 2006: 305–326). 2001 wurde das »Anti-Terrorism Special Measures Law« erlassen, welches es den japanischen Streitkräften (SDF) erlaubte, die USA während des Afghanistan-Einsatzes logistisch zu unterstützen. Da dies zunächst ohne UN-Mandat geschah, wurde hier der Schritt zur kollektiven Selbstverteidigung endgültig vollzogen. 2003 wurde der »Iraq Reconstruction Special Measures Act« trotz des heftigen Widerstandes der Opposition erlassen. Dieses Gesetz sicherte den Einsatz der SDF im Irak ab, der im Februar 2004 begann und der klar gegen die Auflagen des PKO-Gesetzes verstieß. Bezeichnend für das neue sicherheitspolitische Selbstverständnis ist zudem die 2004 erlassene »National Defense Programm Guidline«. Diese Leitlinie stellt die neue sicherheitspolitische Agenda Japans dar und geht auf die veränderte Rolle der SDF ein. Entworfen wird das Bild einer flexiblen Hightech-Armee, die auf die veränderten Bedrohungen des 21. Jahrhunderts angemessen reagieren kann. Dazu gehört auch ein umfangreiches Raketen-Abwehrsystem, bestehend aus Patriot-Raketen und Aegis-Technologie (MoD 2005). 2007 wurde auch die »Japan Defense Agency« zu einem eigenständigen Ministerium ausgeweitet – ein weiteres Beispiel für einen Schritt zu einer eigenständigeren Sicherheitspolitik. Japan hat inzwischen auch Schiffe bereitgestellt, um der Bedrohung der internationalen Seefahrt durch somalische Piraten zu begegnen. Die Regierung hat dazu ein Gesetz verabschiedet, welches den Gebrauch von Waffen gestattet – ein Novum in der japanischen Nachkriegsgeschichte (*THE JAPAN TIMES* 28.04.2009).

Viele Beobachter machen zudem innerhalb der japanischen Gesellschaft stärker werdende nationalistische Tendenzen fest (CHAN und BRIDGES 2006:). Als Indikatoren dafür dienen die Unterstützung der aktiveren Sicherheitspolitik der vergangenen Jahre, die in vielen Kreisen vorherrschende Opfermentalität sowie ein stärker werdendes Maß an Nationalstolz (SASADA 2007: 109). Diese nationalistischen Tendenzen beschränken sich zwar zum größten Teil auf rechte und konservative Kreise, finden aber auch immer mehr Rückhalt innerhalb der Bevölkerung. Viele Japaner möchten die Demütigung der Vergangenheit hinter sich lassen und endlich auch in dieser Hinsicht ein »normaler« Staat werden.

Insgesamt lässt sich in der japanischen Sicherheitspolitik beobachten, dass mittels einer »Salami Taktik« (SAMUELS 2007: 87). Schritt für Schritt eine aktivere Rolle angenommen und entsprechend abgesichert wurde. Auch sind die Bedenken gegen eine solche Rolle, die in Zeiten des Kalten Krieges noch auf einer breiten gesellschaftlichen Grundlage fußen, immer weniger geworden. Inzwischen kön-

nen Themen, die früher als Tabu galten, etwa die Revision des Artikels 9 der Verfassung oder das Recht Japans auf Präventivschläge, offen angesprochen werden. Auch innerhalb der Bevölkerung gibt es Unterstützung für eine aktivere sicherheitspolitische Rolle Japans. War ein Grossteil der Bevölkerung 2003 noch gegen den Irak-Einsatz, lagen die Befürworter im Laufe des Jahres 2004 mit den Gegnern des Einsatzes gleichauf. Als Grund für ihre Zustimmung gaben die meisten Befragten an, Japan müsse einen internationalen Beitrag leisten (ISHIBASHI 2007: 769). Diese Einstellung ist bezeichnend für die Entwicklung der vergangenen Jahre. Die starke anti-militaristische Norm innerhalb der japanischen Gesellschaft ist im Laufe der Jahre immer schwächer geworden.

So lässt sich eine Diskrepanz zwischen dem »ego-part« der japanischen Rollenidentität, also wie Japan sich selber sieht, und dem »alter-part«, also wie Japan von seinen ostasiatischen Nachbarn wahrgenommen wird, festmachen. Aus japanischer Sicht hat man sich intensiv genug mit der Vergangenheit auseinandergesetzt und damit auch das Recht erworben, eine entsprechende sicherheitspolitische Rolle spielen zu dürfen.

Japans Nachbarn dagegen haben eine andere Wahrnehmung: Sie bemängeln Japans unzureichende Vergangenheitsbewältigung und beobachten Japans aktivere sicherheitspolitische Rolle mit Argwohn. Für sie ist Japan noch weit davon entfernt, ein »normaler« Staat zu werden. Sie erwarten von Japan, seine Vergangenheit endlich in einem für sie ausreichenden Maße aufzuarbeiten und behandeln Japan in zwischenstaatlichen Aktionen entsprechend.

6.2 Die gegenseitige Perzeption Japans und Chinas

Prägend für die gegenseitige Wahrnehmung Japans und Chinas sind die beiden sino-japanischen Kriege, insbesondere die Invasion der Mandschurei im Jahre 1931 und der folgende japanische Aggressionskrieg von 1937–1945. Dieser Krieg, geprägt von Gräueltaten japanischer Truppen in China, wie etwa das Nanking-Massaker oder die Menschenversuche der Einheit 731 an Kriegsgefangenen, hat tiefe Narben in Chinas Bewusstsein hinterlassen. Erschwerend kommt hinzu, dass Japan in Chinas Augen seine Vergangenheit nie ausreichend aufgearbeitet und sich auch nie in einem adäquaten Maße bei China entschuldigt hat, was zu einem Klima des Misstrauens geführt hat. So prallen unterschiedliche Einstellungen und unterschiedliche Geschichtsbilder aufeinander. Spielte die »Geschichtsfrage« in den 1970er Jahren keine große Rolle, werden seit den 1980er Jahren anti-japanische Ressentiments

gezielt von der chinesischen Führung gefördert, etwa durch entsprechenden Geschichtsunterricht (YINAN 2007: 1).

Zudem wird das chinesisch-japanische Verhältnis immer wieder durch unsensible Aktionen seitens japanischer Politiker getrübt. So sorgten die alljährlichen Besuche von Premierminister Koizumi am umstrittenen Yasukuni-Schrein für eine starke Belastung des Verhältnisses beider Staaten. Diese Besuche führten letztlich dazu, dass es in den letzten Jahren der Koizumi-Administration zu keinem Treffen hochrangiger Politiker beider Länder mehr kam. Der Yasukuni-Schrein birgt deshalb ein solches Konfliktpotenzial in sich, da er für die verschiedenen Konfliktparteien einen gänzlich anderen Symbolgehalt besitzt: Für die japanischen rechten und konservativen Kreise, aber auch für einen Großteil der Bevölkerung, ist er zunächst ein Ehrenmal für die 2,5 Millionen dort verehrten Gefallenen, die ihr Leben für ihr Land hingaben. Darüber hinaus ist er für diese Kreise auch ein Symbol für die Tatsache, dass sie die »Siegerjustiz« des Tōkyō-Tribunals ablehnen.

Für China, aber auch für viele andere asiatische Staaten, stellt der Yasukuni-Schrein dagegen ein Symbol für Japans Militarismus und die von der kaiserlichen Armee verübten Gräueltaten dar. Durch die Tatsache, dass im Schrein auch 14 Klasse-A Kriegsverbrecher verehrt werden, sehen sie in ihm ein Symbol für die Rechtfertigung der japanischen Aggression (TANAKA 2008: 128–129). Seit Koizumis Rücktritt hat keiner seiner Nachfolger den Schrein besucht. Allerdings haben Abgeordnete der LDP, darunter auch Minister, dies wiederholt getan. Premierminister Hatoyama hat eine alternative zentrale, staatliche Gedenkstätte wieder ins Gespräch gebracht, wobei konservative Politiker stets betont haben, auch in einem solchen Fall weiterhin den Yasukuni-Schrein besuchen zu wollen.

Die in ihren Augen mangelnde Vergangenheitsbewältigung innerhalb Japans macht es für die chinesische Bevölkerung sowie deren Staatsführung schwer, die fundamentalen Veränderungen, die in Japan nach 1945 stattgefunden haben, zu erkennen und den japanischen Absichten zu trauen (DRIFTE 2003: 15). Für den Großteil der chinesischen Bevölkerung ist Japan ein Land mit einem neu aufblühenden Nationalismus und Militarismus; eine tiefgehende Aussöhnung beider Länder hat nie wirklich stattgefunden. Andererseits muss man bedenken, dass die »Geschichtskarte« gerne von der chinesischen Führung ausgespielt wird, wenn diese sich dadurch Vorteile verspricht; etwa eine bessere Verhandlungsposition oder große Kreditbündel. In China ist Nationalismus für die Staatsführung ein probates Mittel, die mangelnde Legitimität des Regimes auszugleichen. Seit mit dem Ende des Kalten Krieges die Marxistisch-Leninistische Ideologie als Legitimationsgrundlage hinfällig geworden ist, greift Peking vermehrt auf einen in erster Linie staatlich gesteuerten Nationalismus zurück und hat zudem die patriotische Erziehung an

Schulen verstärkt (ZHANG 2007: 15–34). Dieser Nationalismus hat verschiedene Formen, eine davon ist die Schürung anti-japanischer Gefühle innerhalb der Bevölkerung. Anti-japanische Ausbrüche werden von der Führung nicht nur geduldet, sondern bis zu einem gewissen Maß auch verstärkt. Der chinesischen Führung ist einerseits daran gelegen, dem Volk die Möglichkeit zu geben, seinem Ärger Luft zu machen, andererseits ist sie stets darauf bedacht, die Proteste nicht überhand nehmen zu lassen, damit sie sich nicht plötzlich gegen die Führung des eigenen Landes richtet. Allerdings wäre es auch falsch, die anti-japanischen Ausbrüche gänzlich der Regierung zuzuschreiben. Die Regierung kann die anti-japanische Stimmung lediglich verstärken; ihren Ausgang nimmt sie innerhalb der Bevölkerung. Solche anti-japanischen Ausbrüche sind in den vergangenen Jahren immer wieder zu beobachten gewesen. So kam es 2003 zu anti-japanischen Protesten, als bekannt wurde, dass Angestellte einer japanischen Firma in China mit einer großen Anzahl an Prostituierten gefeiert hatten. Ähnlich aufgebracht reagierte die chinesische Öffentlichkeit, als im selben Jahr japanische Austauschstudenten bei einem Fest eine anzügliche Vorstellung ablieferten (ROY 2004: 204).

Auch in Japan wird der große Nachbar China von vielen Menschen mit Misstrauen und Antipathie betrachtet; trotz der Tatsache, dass die japanische Wirtschaft in nicht unerheblichem Maße von dem chinesischen Wirtschaftswunder profitiert und China inzwischen Japans wichtigster Handelspartner ist. Die These des »China Threat«, in der China als wirtschaftliche und militärische Bedrohung für Japan dargestellt wird, hat in den vergangenen Jahren immer mehr an Zuspruch gewonnen. So wurde China im japanischen Verteidigungsweißbuch von 2004 erstmals als Bedrohung eingestuft (MoD 2004). Durch den in den letzten Jahren verstärkten Zustrom an chinesischen Einwanderern nach Japan hat sich die Wahrnehmung Chinas eher verschlechtert als verbessert. Als 2003 drei Chinesen in Fukuoka einen brutalen Raubmord an einer ganzen Familie verübten, verstärkte dies das Vorurteil vieler Japaner, dass Ausländer, und insbesondere chinesische Einwohner Japans, für die seit Jahren anwachsende Kriminalitätsrate verantwortlich seien. Diese Vorurteile werden zudem gezielt von der rechts gerichteten Presse geschürt (JOHNSTON 2004: 116).

Obwohl sich das Verhältnis zwischen Japan und der Volksrepublik China in den vergangenen Jahrzehnten deutlich verbessert hat, gehen die eigene Wahrnehmung Japans (der »ego-part« der Rollenidentität) und die Wahrnehmung Chinas (der »alter-part« der Rollenidentität) immer noch weit auseinander. Der Hauptgrund hierfür ist das unterschiedliche Geschichtsbild beider Staaten. Japans problematischer Umgang mit seiner Vergangenheit und die damit verbundenen Signale und Gesten spielen bei der gegenseitigen Wahrnehmung zwischen Japan und China eine wich-

tige Rolle. Sie sorgen dafür, dass China die Rollenidentität, die Japan annehmen möchte, nämlich die eines »normalen Staates«, zurückweist. Zu diesen Signalen gehören unter anderem die Besuche des Yasukuni-Schreins durch Premierminister und Politiker bzw. Äußerungen von japanischen Politikern, welche die Taten der Vergangenheit relativieren. Solche Gesten signalisieren China, dass Japan seine Vergangenheit noch nicht bzw. nur unzureichend aufgearbeitet hat und werden von China meist mit massiven Protesten quittiert (LI 2008: 117). Wenn China auf solche Äußerungen überzogen reagiert, etwa durch die Unterstützung von Massenprotesten oder öffentliche Rügen, führt dies wiederum dazu, dass Japan sich missverstanden fühlt. Viele Japaner sind der Meinung, ihr Land habe sich oft genug für seine Vergangenheit entschuldigt und über den Umweg Entwicklungshilfe auch ausreichend Reparationen geleistet. Japan hat sich in den Augen Vieler von seiner militaristischen Vergangenheit gelöst und wünscht Anerkennung für seine demokratische und pazifistische Tradition der Nachkriegszeit.

Das Zurechtweisen von chinesischer Seite verstärkt wiederum die nationalistischen Strömungen in Japan. Dies ist besonders dann der Fall, wenn die japanische Regierung auf Chinas Proteste reagiert, etwa durch die Verlegung eines Besuchs am Yasukuni-Schrein. Die rechten Gruppierungen in Japan empfinden ein solches Nachgeben auf Chinas Forderungen als Schande und protestieren ihrerseits dagegen. Es ist dabei auch unerheblich, dass es durchaus Gegenbewegungen innerhalb der japanischen Gesellschaft gibt, die für einen kritischeren Umgang mit der Vergangenheit plädieren. Im Interaktionsprozess mit China fallen in erster Linie diese »offiziellen« Gesten auf fruchtbaren Boden und sorgen dafür, dass beide Staaten sich Wesensmerkmale zuschreiben und so Identitäten herausbilden bzw. stabilisieren.

6.3 Die gegenseitige Perzeption Japans und Südkoreas

Das Verhältnis zwischen Südkorea und Japan ist auch heute noch äußerst zwiespältig: Einerseits sind beide durch ihr bilaterales Sicherheitsbündnis mit den USA »Quasi-Alliierte« und kooperieren auch auf wirtschaftlicher Ebene und anderen Sektoren gut. Andererseits kommt es zwischen beiden Staaten in regelmäßigen Abständen zu massiven Konflikten, die ihren Ursprung in der Vergangenheit haben (PARK 2008: 13–35). Denn auch bei der gegenseitigen Perzeption Japans und Südkoreas spielt die gemeinsame Vergangenheit eine zentrale Rolle. Prägend dafür ist die japanische Kolonialherrschaft auf der koreanischen Halbinsel, die von 1910 bis 1945 andauerte. Diese Phase der japanischen Geschichte ist in den Augen vieler

Koreaner von japanischer Seite noch nicht ausreichend aufgearbeitet worden. Die japanische Kolonialherrschaft und das damit verbundene Leid der Bevölkerung ist schon früh Gegenstand des Schulunterrichts in Südkorea und wird so fest im Gedächtnis der Bevölkerung verankert. Auch Ereignisse wie die pogromartigen Gewaltausbrüche gegenüber Koreanern nach dem großen Erdbeben von 1923 in Tōkyō sind Teil des kollektiven Gedächtnisses. Und schließlich machen viele Südkoreaner Japan verantwortlich für die Teilung des Landes, durch die sie in ihren Augen anstelle von Japan Wiedergutmachung für den Zweiten Weltkrieg leisten (HIJIIYA-KIRSCHNEREIT 2003: 26).

Eine wirkliche Aussöhnung hat auch zwischen Japan und Südkorea nie stattgefunden. Dadurch kommt es immer wieder zu diplomatischen Verstimmungen zwischen beiden Staaten, deren Auslöser meistens in den gleichen wiederkehrenden Themenkomplexen zu finden sind.

Neben den Besuchen japanischer Politiker am Yasukuni-Schrein sorgt vor allem die so genannte Schulbuch-Debatte, bei der es um die beschönigende Darstellung der japanischen Kriegsvergangenheit in Geschichtsbüchern geht, regelmäßig für Belastungsproben im bilateralen Verhältnis. So kam es 2001 zu einer schweren diplomatischen Krise, als die 1996 gegründete Tsukurukai (»Vereinigung zur Schaffung eines neuen Geschichtslehrbuches«), ein Sammelbecken rechtsgerichteter Pädagogen, Journalisten und Politiker, ein eigenes Geschichtsbuch veröffentlichte (SAALER 2005: 39–41). In diesem Buch wird unter anderem die These vertreten, Japan habe keinen Aggressionskrieg geführt, sondern die Befreiung Asiens von der Herrschaft Europas und der USA bezweckt (NELSON 2002: 131). Die Genehmigung des Buches durch das Bildungsministerium führte zu scharfen Protesten in Seoul und Peking. Die südkoreanische Regierung annullierte sogar geplante Treffen hochrangiger Militärs und zog ihren Botschafter aus Japan ab, während das südkoreanische Parlament forderte, die historische »Japan-Republic of Korea Joint Declaration« beider Länder aus dem Jahre 1998 zu annullieren. 2002 wurde ein Geschichtsbuch genehmigt, in dem ausgeführt wurde, dass Takeshima zu Japan gehöre. Ähnliche Vorfälle belasteten die Beziehungen zwischen Japan und Südkorea im Jahr 2005. Obwohl japanische Geschichtsbücher im Laufe der Jahre etwas offener geworden sind und auch früher tabuisierte Themen wie Zwangsrekrutierungen erwähnen, zeigt sich an der Schulbuchaffäre, wie unterschiedlich die Geschichtsbilder in beiden Ländern auch nach über 60 Jahren nach Kriegsende noch sind.

Oftmals sind es außerdem unsensible Äußerungen seitens japanischer Politiker, welche die Gefühle der koreanischen Bevölkerung belasten und das Thema der ungenügenden Vergangenheitsbewältigung wieder auf die Tagesordnung holen (KAWANO und MATSUO 2002: 197–221). So löste beispielsweise 2003 die Bemerkung des

späteren Premierministers Tarō Asō, die erzwungene Japanisierung koreanischer Namen sei während der Kolonialherrschaft auf den Wunsch der koreanischen Bevölkerung geschehen, einen Sturm der Entrüstung innerhalb Südkoreas aus.

All diese Streitpunkte – die Besuche des Yasukuni-Schreins, die Schulbuchaffäre, und die unsensiblen Äußerungen japanischer Politiker – sorgen immer wieder für starke Verstimmungen im japanisch-koreanischen Verhältnis und werden von massiven anti-japanischen Protesten in Südkorea begleitet, bei denen japanische Flaggen verbrannt und manchmal sogar Geschäfte angegriffen werden. Zwar werden japanische Entschuldigungen und andere versöhnliche Zeichen mit Wohlwollen zur Kenntnis genommen. Allerdings werden diese Anstrengungen durch revisionistische Gesten auch wieder zunichte gemacht (LIND 2008: 84). Ferner muss man auch bedenken, dass die »Anti-Japan-Karte« nicht nur von der chinesischen Führung, sondern eben auch von der südkoreanischen Regierung als probates Mittel angesehen wird, um Stärke zu demonstrieren. Sie wird insbesondere immer dann ausgespielt, wenn die Umfragewerte einer Regierung schlecht sind oder eine Wahl ins Haus steht (ROZMAN und LEE 2006: 763).

Zwar ist die Wahrnehmung Japans in Südkorea nicht mehr so schlecht wie noch vor zehn Jahren. Dies hängt wohl auch damit zusammen, dass 1998 die Einfuhr japanischer Kulturgüter erlaubt wurde und seit 2003 auch der Empfang japanischen Satellitenfernsehens erlaubt ist. Seither erfreuen sich japanische Popmusik und Manga-Comics innerhalb der südkoreanischen Jugend großer Beliebtheit. Auch die gemeinsam ausgerichtete Fußball-Weltmeisterschaft 2002 hat für eine bessere Verständigung beider Länder gesorgt. Aber die ausgebliebene vollständige Aussöhnung beider Länder ist noch deutlich spürbar und Japan wird auch noch 40 Jahre nach der Normalisierung der Beziehungen von vielen Koreanern mit großem Misstrauen beäugt. Dies tritt auch in Umfragen deutlich zu Tage: In einer Umfrage der *Yomiuri Shinbun* vom April 2010 gaben 55% der befragten Südkoreaner an, Japan sei nicht sehr vertrauenswürdig. 92% der Befragten waren der Meinung, Japan habe sich nicht ausreichend für die Kolonialherrschaft entschuldigt (*YOMIURI SHINBUN* 2010).

Auch Japan tut sich mit seinem Nachbarn Südkorea schwer, auch wenn sich das Bild Südkoreas in Japan in den vergangenen Jahren zum Besseren gewandelt hat. Insbesondere die Tatsache, dass die südkoreanische Führung oftmals eine über das bisherige Maß hinausgehende Entschuldigung für die Kolonialherrschaft fordert, hat in Japan zu Ermüdungserscheinungen geführt. Nationalistische Gruppierungen kritisieren etwa die fortwährende Einmischung Südkoreas in ihrer Meinung nach inner-japanische Angelegenheiten wie den Yasukuni-Schrein. 2005 kamen anti-ko-

reanische Comics auf den Markt, die reißenden Absatz fanden. Darin wurde die japanische Kolonialherrschaft über Korea positiv bewertet.

So bleibt die gegenseitige Wahrnehmung zwischen Japan und Südkorea in konfligierenden Rollenidentitäten verhaftet. Wie im vorangegangenen Beispiel ist auch in diesem Fall eine Diskrepanz zwischen der japanischen Eigenwahrnehmung und der südkoreanischen Wahrnehmung festzustellen. Der Hauptgrund liegt auch hier im unterschiedlichen Geschichtsbild. Zudem sind japanische Verhaltensmuster gegenüber Südkorea durch einen Überlegenheitsdünkel geprägt, der auf die Zeit der Kolonialherrschaft zurückgeht und bis heute nicht überwunden worden ist. Auf revisionistische Gesten Japans reagiert Südkorea im Gegenzug so heftig, da die anti-japanische Haltung einen wichtigen Teil der eigenen Identität darstellt (CHA 2000b: 314). Die »dunklen 36 Jahre«, wie die japanische Kolonialherrschaft oft genannt wird, sind tief im kollektiven Gedächtnis verankert und sorgen dafür, dass Südkorea besonders sensibel reagiert, wenn es meint, revisionistische Tendenzen im japanischen Verhalten beobachten zu können. Treten oben beschriebene Themenkomplexe wie die Schulbuchaffäre zu Tage, ist dies auch für Südkorea der Beweis dafür, dass Japan seine Vergangenheit nur ungenügend aufgearbeitet hat. Insbesondere Bürgerbewegungen und »Netizens«, also im Internet politisch aktive Bürger, sorgen dann für massive anti-japanische Proteste. Das »böse« Japan ist in dieser Hinsicht also das »Andere«, zu dem sich das südkoreanische »Selbst« abgrenzt. Dementsprechend ist es unmöglich, über japanische »Fehlritte« einfach hinwegzusehen, da dies bedeuten würde, einen Teil der eigenen Identität zu verleugnen.

6.4 Die gegenseitige Perzeption Japans und Russlands

Russland wird von Japan auch nach dem Zerfall der Sowjetunion immer noch mit großem Misstrauen betrachtet. Der verletzte Neutralitätspakt, die folgende Annexion der Kurilen sowie die Internierung japanischer Kriegsgefangener in Sibirien werden von einem Großteil der japanischen Bevölkerung immer noch als Verrat und Ungerechtigkeit begriffen (MARSDEN 2003: 105). Umgekehrt wird Japans verstärktes militärisches Engagement in der Welt nicht nur in Seoul und Peking, sondern auch in Moskau mit Argwohn betrachtet, auch wenn Japan in den Augen Russlands nicht mehr den »unsinkable aircraftcarrier« darstellt, der an der Seite der USA steht und somit eine große Gefahr für das Land bedeutet. Zudem hat Japan in den Augen Vieler Russland in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts wiederholt gedemütigt und um Gebiete gebracht, die lange russischen Besitz darstell-

ten, etwa Nord-Sachalin oder die nördlichen Kurilen. In Zeiten der sowjetischen Herrschaft wurde diese »Japanophobie« gezielt durch Propaganda gefördert. Dabei wurde die breite Öffentlichkeit manipuliert, indem die Medien das Bild eines erneut militärisch erstarkten Japans entwarfen, das an der Seite der USA die Sowjetunion bedrohe. Auch die Tatsache, dass Japan sich lange Zeit dagegen gewehrt hat, Russland losgelöst von einer Einigung im Kurilen-Konflikt finanzielle Hilfe zukommen zu lassen, ist in Russland noch nicht vergessen. Beide Staaten haben sich schon immer als Rivalen wahrgenommen. Diese Rivalität lässt sich bis zum Ende des 19. Jahrhunderts zurückverfolgen, als sich das Zarenreich und Japan um die Vormachtstellung in Ostasien und die Vorherrschaft in Korea bzw. der Mandchurei stritten, was letztlich im russisch-japanischen Krieg von 1905 gipfelte. Schon damals waren beide Staaten Mitglieder in unterschiedlichen »Lagern«: Das Zarenreich sah sich als westliche Großmacht und verlangte somit die in seinen Augen rechtmäßige Vorherrschaft über Asien, während das aufstrebende Japan sich als einzige zivilisierte (zu einem gewissen Grad westliche) asiatische Nation verstand. Die russische Propaganda bezeichnete Japan in dieser Zeit häufig als »gelbe Gefahr«, welche ganz Asien bedrohe. Als Japan nach der Oktoberrevolution ein Expeditionskorps nach Sibirien entsandte und zwischen 1918 und 1922 tief in russisches Gebiet vordrang, schien sich diese Bild zu bestätigen (MIKHAILOVA 2008: 80).

Diese Rivalität wurde während des Kalten Krieges nur noch verstärkt, als die Sowjetunion und Japan erneut Mitglieder verfeindeter Lager waren, diesmal des kommunistischen bzw. kapitalistischen Blocks. So wurde die Sowjetunion zum »Anderen«, gegenüber dem sich das japanische »Selbst« abgrenzen konnte (БУКН 2009: 319–415). Beide Staaten haben immer wieder Signale und Zeichen an den anderen gesandt, welche eine konfligierende Rollenidentität unterstrichen und verfestigt haben. Zu diesen zahlreichen Signalen gehören etwa die einseitige Annullierung der »Joint Declaration« seitens der Sowjetunion 1960 oder die plötzliche Einführung der Visumpflicht für japanische Besucher der umstrittenen Inseln in den 1970er Jahren. Auch die unvermittelt abgesagten Besuche Jelzins zu Beginn der 1990er Jahre sind als solche Gesten zu werten. Und wenn die russischen Behörden 2009 plötzlich Einreisedokumente von der Besatzung eines japanischen Schiffes mit Hilfslieferungen für die Süd-Kurilen verlangen, steht diese Aktion in keinem nachvollziehbaren sicherheitspolitischen Kontext, wird von Japan als Provokation interpretiert und führt letztlich zu einer Verhärtung der Fronten.

Aber nicht nur die russische Seite hat solche Signale der Rivalität ausgesandt: So ist die jahrzehntelange Koppelung von japanischer Wirtschaftshilfe an Fortschritte in der Inselfrage als ein solches Signal zu werten. Auch die lange Zeit nur zögerlich erfolgten Investitionen in den russischen Fernen Osten gehen in die gleiche Rich-

tung. Und schließlich hat auch die ausgesprochen unflexible Verhandlungsweise und das ständige Beharren auf eine sofortige Rückgabe aller vier Inseln zu einem Klima der Rivalität beigetragen.

Wichtig im Zusammenhang mit den japanisch-russischen Beziehungen ist zudem die Umkehr des Täter-Opfer Verhältnisses. Während im Falle der japanisch-chinesischen bzw. japanisch-koreanischen Beziehungen Japan die Täterrolle innehat und sich die beiden anderen Staaten oft auf ihre Opferrolle beziehen, ist dies im Falle der japanisch-russischen Beziehungen umgekehrt. Oftmals wird der sowjetische Angriff auf Japan losgelöst vom Zweiten Weltkrieg begriffen und dazu genutzt, die eigene Opferrolle zu unterstreichen.

7. Der ideelle Wert der umstrittenen Gebiete

Vor dem Hintergrund der konfligierenden Rollenidentitäten wird für die umstrittenen Inseln ein ideeller Wert ersichtlich, der die unnachgiebigen Positionen der jeweiligen Konfliktparteien besser zu erklären vermag, als der geringe materielle Wert der Inseln.

Im Fall des Senkaku-Konfliktes sind die Inseln für China ein Teil des chinesischen Territoriums, welches unrechtmäßig von Japan geraubt wurde. Die Inseln sind somit ein Symbol für die japanische Aggression gegenüber China und dies wird durch die Medien und durch Schulbücher im Bewusstsein der Bevölkerung verankert. Für viele Chinesen repräsentieren die Inseln den Versuch Japans, angeführt durch ultra-rechte und militaristische Gruppierungen, China das vorzuenthalten, was Japan zuvor in einem halben Jahrhundert der Invasion und Besatzung gestohlen hat. So stellen die umstrittenen Inseln eine immerwährende Erinnerung an das »Jahrhundert der Schande« dar; die Zeit, als China erhebliche Teile seines Territoriums an europäische Staaten eingebüßt hat.

Auch für Japan besitzen die Senkaku-Inseln einen signifikanten Symbolgehalt. Japan hat die Inseln 1895 an sich gebracht, in einer Zeit, als das Land sich aus eigener Anstrengung heraus modernisiert hat und sich anschickte, die Führungsrolle in Asien zu übernehmen. Zudem ist es für die japanische Führung wichtig, gegenüber China Stärke zu demonstrieren. Da das Land als Rivale wahrgenommen wird, ist es besonders schwierig, Zugeständnisse zu machen. Gerade gegenüber China ist es für die japanische Regierung entscheidend, das Gesicht zu wahren.

In Südkorea ist die Abgrenzung zu Japan Teil der eigenen Identität geworden und tief im kollektiven Gedächtnis verankert. Die Takeshima-Inseln sind hierfür ein wichtiges Symbol, welches von den Massenmedien und verschiedenen Bürgerbe-

wegungen immer wieder heraufbeschworen wird. So war Takeshima in den Augen vieler Koreaner das erste Stück Land, welches 1905 von Japan »geraubt« wurde und so den Prozess der Kolonialisierung einleitete. Die japanische Besetzung Takeshimas war der Beginn eines der dunkelsten Kapitel der koreanischen Geschichte. Die Inseln sind somit, zusammen mit der »Hideyoshi-Invasion« von 1592–1598, ein Symbol für die aggressiven Absichten Japans gegenüber der koreanischen Halbinsel. In südkoreanischen Zeitungsartikeln werden sie stets mit der japanischen Besetzung und den damit verbundenen Gräueltaten in Verbindung gebracht, so dass die bloße Erwähnung der Inseln starke Emotionen wecken kann. Zudem sind die Inseln Gegenstand des Schulunterrichts und einem Großteil der südkoreanischen Bevölkerung bekannt. Es gibt zahlreiche Bürgerbewegungen, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, den Konflikt im Gedächtnis der Bevölkerung zu verankern und die immer wieder Druck auf ihre Regierung ausüben, in der Takeshima-Frage unnachgiebig zu sein.

Zum andern sind die Inseln auch ein Symbol für die Souveränität und Unabhängigkeit Koreas. Obwohl man Korea nach Ende des Zweiten Weltkrieges nicht zu den Siegermächten zählte, stellte das Land Japan mit der Proklamation der Rhee-Linie vor vollendete Tatsachen und brachte somit Takeshima wieder in koreanischen Besitz. Dieses Stück Land wieder aufzugeben, ist für die meisten Südkoreaner völlig undenkbar. Eine Regierung, die in dieser Hinsicht Zugeständnisse macht, würde in den Augen vieler Südkoreaner die japanische Kolonialherrschaft gutheißen. Dies erklärt auch die Weigerung Südkoreas, den Takeshima-Konflikt vor den Internationalen Gerichtshof zu bringen, wie Japan es wiederholt vorgeschlagen hat. In weiten Teilen der südkoreanischen Bevölkerung vertritt man die Ansicht, es gebe keinen Konflikt um die Inseln.

Für Japan auf der anderen Seite geht es bei diesem Konflikt auch um nationales Prestige. Viele Politiker vertreten die Ansicht, dass sie die Forderung nach einer Rückgabe der umstrittenen Inseln nicht aufgeben können, ohne ihr Gesicht zu verlieren.

Für Japan spielt im Konflikt zudem die Tatsache eine große Rolle, dass die Takeshima-Inseln in den Augen vieler Japaner, insbesondere Bewohner der Shimane-Präfektur, schon immer zum Mutterland gehörten. Es handelt sich in den Augen dieser Leute bei den umstrittenen Inseln gewissermaßen um »heilige Erde«, die einen besonderen Stellenwert hat. Ein solches Gebiet steht in den Augen konservativer Kreise für keine Regierung zur Disposition und kann nicht Gegenstand von Verhandlungen sein. Vielmehr muss es stetig zurückgefordert werden.

Im Kurilen-Konflikt dagegen sind die Inseln für Japan ein Symbol für das erliddete Leid der Kriegsjahre und dienen dazu, die eigene Opferrolle zu unterstreichen.

Ähnlich wie Hiroshima und Nagasaki sind die Inseln ein Symbol für die ungerechte Behandlung durch die Siegermächte. Die Nördlichen Territorien sind in den Augen vieler Japaner ein Sinnbild für die ungerechte stalinistische Expansionspolitik, die dem Land aufgedrückt wurde. Ein Zeichen für die Stilisierung der Süd-Kurilen ist die Einführung des »Northern Territories Day«, der jedes Jahr am 2. Februar begangen wird und so die Erinnerung an die Inseln aufrecht erhalten soll. Für viele Japaner sind die besetzten Inseln zudem eine immerwährende Erinnerung an den verlorenen Krieg, an eine Tatsache, die sie lieber vergessen würden.

So kann Japan erst einen Schlussstrich unter die Nachkriegszeit ziehen und sich von der Erinnerung an die schmachvolle Niederlage des Zweiten Weltkrieges befreien, wenn die umstrittenen Inseln wieder Teil des japanischen Territoriums sind. Von diesem Standpunkt aus erscheint es verständlich, dass die Kurilen-Frage auf der politischen Agenda stets ganz oben zu finden ist, und dass die japanische Regierung immer eine »Vier-Insel«-Position vertreten hat. Durch die fast fünfzigjährige Herrschaft der LDP hat sich diese Forderung zu einer Norm verdichtet. Die Rückforderung der Inseln gehört für japanische Politiker quasi zum »guten Ton«, auch wenn der Nutzen der Inseln kaum noch ersichtlich ist (KIMURA und WELCH 1998: 220). So ist auch die Kurilenfrage einer der wenigen Punkte, auf den sich alle Parteien des politischen Spektrums einigen können. Sämtliche politischen Parteien fordern mindestens die vier umstrittenen Inseln zurück, manche, etwa die Kommunistische Partei, sogar die gesamte Kurilenkette.

Für Russland dagegen stellen die Süd-Kurilen ein Symbol des Sieges im großen Vaterländischen Krieg dar, der die »Schmach« der Niederlage im russisch-japanischen Krieg von 1904/1905 gerächt hat. Die nach dem Krieg hinzugewonnenen Gebiete sind eine kleine Entschädigung für das erduldet Leid und die Entbehrungen der Kriegsjahre. Diese in ihren Augen »heilige Erde« darf auch nicht wie ein Gut verkauft werden; dies gehört zu den Gründen, warum Russland das wiederholt von Japan gemachte Angebot, Russland die Inseln »abzukaufen«, stets abgelehnt hat.

8. Fazit

Bei der Untersuchung von Japans Territorialkonflikten wird deutlich, dass der materielle Wert, d.h. der wirtschaftliche und strategische Wert der umstrittenen Gebiete, alleine keine ausreichende Erklärung liefert. Zwar ist den Inseln zumindest in Ansätzen ein geringer materieller Wert zuzuschreiben. Allerdings kann dieser das ungewöhnlich lange Andauern der Konflikte nicht schlüssig erklären. Es ist

eher das Problem der gegenseitigen Wahrnehmung zwischen Japan und seinen Nachbarstaaten, welches einen großen Einfluss auf die starre Haltung der Konfliktparteien ausübt. So repräsentiert Japan sich China und Südkorea gegenüber als ein »normaler Staat«, der mit seiner Vergangenheit im Reinen ist und so das Recht hat, eine seinen Ressourcen angemessene Rolle im internationalen System zu spielen. Für China und Südkorea jedoch ist Japan weit davon entfernt, ein »normaler« Staat zu werden und Japans dahingehende Anstrengungen werden mit Misstrauen betrachtet. In den Augen der beiden Staaten hat Japan seine Vergangenheit noch nicht ausreichend aufgearbeitet.

Russland gegenüber kehrt sich dieses Verhältnis um. Hier nimmt Japan die Identität des Opfers an, welches seiner Territorien unrechtmäßig beraubt wurde.

Diese Rollenidentitäten sind konfligierend und werden über Gesten und Signale verstärkt. So führen beispielsweise Gesten wie die wiederholten Besuche japanischer Premierminister am Yasukuni-Schrein dazu, dass China und Südkorea revisionistische Tendenzen in Japan festmachen und dagegen protestieren. In Japan dagegen führt das ständige Ausspielen der »Geschichts-Karte« durch seine Nachbarn zu Ermüdungserscheinungen. Nach WENDT (1999: 247) kann das Konzept der Anarchie im internationalen System unterschiedliche Ausprägungen annehmen. Je nachdem, welche Rolle auf der Mikroebene der zwischenstaatlichen Interaktion vorherrschend ist (Feind, Rivale oder Freund), hat Anarchie auf der Makroebene, d.h. der Ebene des internationalen Systems, eine andere Ausprägung. Da sich in Ostasien die dortigen Akteure in erster Linie als Rivalen wahrnehmen und entsprechend behandeln, ist in der Region eine sog. Locke'sche Kultur der Anarchie vorherrschend, d.h. Kooperation zwischen Staaten gestaltet sich schwierig. Dies zeigt sich auch daran, dass sich in der Region keinerlei multilaterale, sicherheitspolitische Institutionen herausgebildet haben. DUFFIELD (2001: 81) macht hierfür unter anderem auch die Wahrnehmung Japans verantwortlich.

Eine Lösung der japanischen Territorialkonflikte ist kurz- und mittelfristig nicht zu erwarten. Dazu müssten sich die konfligierenden Identitäten ändern. Es ist nicht anzunehmen, dass die Staaten der Region diese plötzlich ablegen, weil beispielsweise Japans Vergangenheit keine Rolle mehr spiele. Die Identitäten werden sich solange weiter verfestigen, wie es die Staaten der Region versäumen, immerwährende Streitpunkte wie die unterschiedlichen Geschichtsbilder zu klären. Auch wenn es sich bei den Territorialkonflikten um kleine, meist unbewohnte Inseln handelt, die auf den ersten Blick als unwichtig erscheinen, werden sie die Beziehungen der Region noch lange Zeit belasten.

Literatur

- ARASE, DAVID (2007), »Japan, The Active State? Security Policy after 9/11«, in: *Asian Survey*, 47 (4): 560–583.
- BRIDGES, BRIAN (1993), *Japan and Korea in the 1990s: From Antagonism to Adjustment*, Aldershot: Edward Elgar.
- BUKH, ALEXANDER (2009), »Identity, Foreign Policy and the ›Other‹: Japan's ›Russia««, in: *Journal of International Relations*, 15 (2): 319–415.
- CATALINAC, AMY L. (2007), »Identity Theory and Foreign Policy: Explaining Japan's Responses to the 1991 Gulf War and the 2003 U.S. War in Iraq«, in: *Politics and Policy*, 35 (1): 58–100.
- CHA, VICTOR D. (2000a), »Abandonment, Entrapment, and Neoclassical Realism in Asia: The United States, Japan and Korea«, in: *International Studies Quarterly*, 44 (2): 261–291.
- CHA, VICTOR D. (2000b), »Hate, Power, and Identity in Japan-Korea Security: Towards a Synthetic Material-Ideational Analytical Framework«, in: *Australian Journal of International Affairs*, 54 (3): 309–323.
- CHAN, CHE-PO und BRIAN BRIDGES (2006), »China, Japan and the Clash of Nationalisms«, in: *Asian Perspectives*, 30 (1): 127–156.
- CHOI, SUNG-JAE (2005), »The Politics of the Dokdo Issue«, in: *Journal of East Asian Studies*, 5: 465–494.
- CHUNG, CHIEN-PENG (2004), *Domestic Politics, International Bargaining and China's Territorial Disputes*, London: Routledge.
- DEANS, PHIL (2000), »Contending Nationalisms and the Diaoyutai/Senkaku Dispute«, in: *Security Dialogue*, 31 (2): 119–131.
- DOWNS, ERICA STRECKER und PHILIP C. SAUNDERS (1998/99), »Legitimacy and the Limits of Nationalism. China and the Diaoyu Islands«, in: *International Security*, 23 (3): 114–146.
- DRIFTE, REINHARD (2008), »From ›Sea of Confrontation‹ to ›Sea of Peace, Cooperation and Friendship‹? Japan Facing China in the East China Sea«, in: *Japan aktuell*, 3: 27–51.
- DRIFTE, REINHARD (2003), *Japan's Security Relationship with China since 1989: From Balancing to Bandwagoning?*, Oxford: Routledge.
- DUFFIELD, JOHN S. (2001), »Why is there no APTO? Why is there no OSCAP?: Asia-Pacific Security Institutions in Comperative Perspective«, in: *Contemporary Security Policy*, 22 (2): 69–95.
- HAGSTRÖM, LINUS (2005), *Japan's China Policy: A Relational Power Analysis*, London: Routledge.
- HARA, KIMIE (1998), *Japanese-Soviet/Russian Relations since 1945: A Difficult Peace*, London: Routledge.

- HIJIIYA-KIRSCHNEREIT, IRMELA (2003), »Japan und Korea: Wandel und Annäherung im 21. Jahrhundert«, in: DUCKE, ISA und SVEN SAALER (Hg.), *Japan und Korea auf dem Weg in eine gemeinsame Zukunft: Aufgaben und Perspektiven*, München: Iudicium, 17–27.
- HUGHES, CHRISTOPHER W. (2005), »Japanese Military Modernization: In Search of a »Normal« Security Role«, in: TELLIS, ASHLEY J. und MICHAEL WILLS (Hg.), *Strategic Asia 2005–06: Military Modernization in an Era of Uncertainty*, Seattle: NBR, S. 105–136.
- ISHIBASHI, NATSUYO (2007), »The Dispatch of Japan's Self-Defense Forces to Iraq: Public Opinion, Elections and Foreign Policy«, in: *Asian Survey*, 47 (5): 766–789.
- JI, YOU (2006), »China's Naval Strategy and Transformation«, in: PRABHAKAR, LAWRENCE W., JOSHUA H. HO und SAM BATEMAN (Hg.), *The Evolving Maritime Balance of Power in the Asia-Pacific: Maritime Doctrines and Nuclear Weapons at Sea*, Singapur: World Scientific, S. 71–94.
- JOHNSTON, ERIC (2007), »Japan under siege: Japanese Media Perceptions of China and the two Koreas Six Decades after World War II«, in: HEAZLE, MICHAEL und NICK KNIGHT (Hg.), *China-Japan Relations in the twenty-first Century: Creating a Future Past?* Cheltenham: Edward Elgar, S. 111–124.
- JUKES, GEOFFREY (1993), *Russia's Military and the Northern Territories Issue: Canberra 1993* (= Strategic and Defence Studies Centre, Australian National University, Working Paper No. 277).
- KAWANO, NORIYUKI und MASATSUGU MATSUO (2002), »Political Outcomes of the Slips of the Tongue of Japanese Ministers«, in: *Hiroshima Peace Science*, 24: 197–221.
- KIM, MYUNG-KI (2000), *Territorial Sovereignty over Dokdo and International Law*, Claremont: Paige Press.
- KIMURA, MASATO und DAVID A. WELCH (1998), »Specifying »Interests«: Japan's Claim to the Northern Territories and Its Implications for International Relations Theory«, in: *International Studies Quarterly*, 42: 213–244.
- KOO, MIN GYO (2005), »Economic Dependence and the Dokdo/Takeshima Dispute between South Korea and Japan«, in: *Harvard Asia Quarterly*, 9 (4): 24–35.
- LAUNIUS, MICHAEL (2002), *The Politics of Competing Territorial Claims to Tokdo* (Paper prepared for delivery at the First World Congress of Korean Studies, July 2002, Seoul).
- LEE, SEOKWOO (2002), »The 1951 San Francisco Peace Treaty with Japan and the Territorial Disputes in East Asia«, in: *Pacific Rim Law & Policy Journal*, 11 (1): 63–146.
- LI, REX (2008), »A Regional Partner or a Threatening Other? Chinese Discourse of Japan's Changing Security Role in East Asia«, in: DENT, CHRISTOPHER M. (Hg.), *China, Japan and Regional Leadership in East Asia*, Cheltenham: Edward Elgar, S. 101–130.
- LIND, JENNIFER (2008), *Sorry States: Apologies in International Politics*, Ithaca: Cornell University Press.

- MARSDEN, LEE (2005), »Northern Territories or Southern Kuriles: A Question of Identity«, in: LAWSON, STEPHANIE (Hg.), *Culture, Identity and Representation of Region: Europe and Asia*, London: Routledge, S. 101–117.
- MIKHAILOVA, YULIA (2008), »Japan's Place in Russian and Soviet National Identity: From Port Arthur to Khalkhin-gol«, in: MIKHAILOVA, YULIA, M. WILLIAM STEELE (Hg.), *Japan and Russia: Three Centuries of Mutual Images*, Kent: Global Oriental, S. 71–90.
- MOD (Ministry of Defense) (2005), *National Defense Program Guideline*, http://www.mod.go.jp/e/d_policy/pdf/national_guideline.pdf (15.03.2010).
- MOD (Ministry of Defense) (Hg.) (2004), *Defense of Japan 2004*, http://merln.ndu.edu/whitepapers/Japan_English2004.pdf (18.03.2010).
- MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS, JAPAN (Hg.), *Japan's Northern Territories. For a Relationship of Genuine Trust*, <http://www.mofa.go.jp/region/europe/russia/territory/pamphlet.pdf> (01.04.2010).
- MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS, JAPAN (Hg.), *The Basic View on the Sovereignty over the Senkaku Islands*, <http://www.mofa.co.jp/region/asia-paci/senkaku/senkaku.html> (28.03.2010).
- MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS, JAPAN (Hg.), *Japan's Position on Takeshima*, <http://www.mofa.co.jp/region/asia-paci/takeshima/position.html> (10.04.2010).
- MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS, JAPAN (Hg.) (2008), *10 Issues of Takeshima*, Tōkyō: Ministry of Foreign Affairs.
- NABERS, DIRK (2006), »Culture and Collective Action: Japan, Germany and the United States after 11. September 2001«, in: *Cooperation and Conflict*, 41 (3): 305–326.
- NELSON, JOHN K. (2002), »Tempest in a Textbook. A Report on the New Middle-School History Textbook in Japan«, in: *Critical Asian Studies*, 34 (1): 129–148.
- PARK, CHEOL HEE (2008), »Cooperation Coupled with Conflicts: Korea-Japan Relations in the Post-Cold War Era«, in: *Asia-Pacific Review*, 15 (2):13–35.
- ROZMAN, GILBERT und SHIN-WHA LEE (2006), »Unravelling the Japan-South Korea ›Virtual Alliance‹: Populism and Historical Revisionism in the Face of Conflicting Regional Strategies«, in: *Asian Survey*, 46 (5): 761–784.
- SAALER, SVEN (2005), *Politics, Memory and Public Opinion: The History Textbook Controversy and Japanese Society*, München: Iudicium.
- SASADA, HIRONORI (2006), »Youth and Nationalism in Japan«, in: *SAIS Review*, 26 (2): 109–122.
- SAMUELS, RICHARD J. (2007), *Securing Japan. Tokyo's Grand Strategy and the Future of East Asia*, Ithaka: Cornell University Press.
- SHAW, HAN-YI (1999), *The Diaoyutai/Senkaku Island Dispute: Its History and an Analysis of the Ownership Claims of the P.R.C., R.O.C., and Japan*, Maryland: University of Maryland Press.

- SUGANUMA, UNRYU (2000), *Sovereign Rights and Territorial Space in Sino-Japanese Relations: Irredentism and the Diaoyu/Senkaku Islands*, Honolulu: Association for Asian Studies and University of Hawai'i Press.
- TANAKA, AKIHIKO (2008), »The Yasukuni Issue and Japan's International Relations«, in: HASEGAWA, TSUYOSHI und KAZUHIKO TOGO (Hg.), *East Asia's Haunted Present: Historical Memories and the Resurgence of Nationalism*, Westport: Praeger, S. 117–141.
- THE JAPAN TIMES (26.04.2010), »Search for Rare Metals Shifts to EEZ«, <http://search.japantimes.co.jp/cgi-bin/nb20100426a2.html> (9.8.2010).
- THE JAPAN TIMES (28.04.2009), »New Law for Anti-Piracy Missions«, <http://search.japantimes.co.jp/cgi-bin/ed20090428a1.html> (10.03.2010).
- THE JAPAN TIMES (27.03.2001), »A Small Step Forward in Irkutsk«, <http://search.japantimes.co.jp/cgi-bin/ed20010327a1.html> (8.3.2010).
- THE JAPAN TIMES (26.12.2009), »New Guidance Fans Isles Row«, <http://search.japantimes.co.jp/cgi-bin/nn20091226a1.html> (3.3.2010).
- THE JAPAN TIMES (17.08.2006), »Russian Patrol Kills Sailor, Seizes Crew off Habomai Isles«, <http://search.japantimes.co.jp/cgi-bin/nn20060817a1.html> (8.3.2010).
- THE JAPAN TIMES (14.07.2008), »Dispute Continues Between Japan, South Korea over Islets«, <http://search.japantimes.co.jp/cgi-bin/nn20080714a1.html> (5.3.2010).
- VALENCIA, MARK J. (2007), »The East China Sea Dispute: Context, Claims, Issues, and Possible Solutions«, in: *Asian Perspective*, 31 (1): 127–167.
- VALENCIA, MARK J. und YOSHIHISA AMAE (2003), »Regimebuilding in the East China Sea«, in: *Ocean Development and International Law*, 31 (1): 189–208.
- VAN DYKE, JON M (2007), »Legal Issues Related to Sovereignty over Dokdo and its Maritime Boundary«, in: *Ocean Development and International Law*, 38 (2): 157–224.
- WEI SU, STEVEN (2005), »The Territorial Dispute over the Tiaoyu/Senkaku Islands: An Update«, in: *Ocean Development and International Law*, 36 (1): 45–61.
- WENDT, ALEXANDER (1999), *Social Theory of International Politics*, Cambridge: Cambridge University Press.
- WILLIAMS, BRAD (2007), *Resolving the Russo-Japanese Territorial Dispute: Hokkaido-Sakhalin Relations*, London: Routledge.
- YINAN, HE (2007), »History, Chinese Nationalism and the Emerging Sino-Japanese Conflict«, in: *Journal of Contemporary China*, 16 (50): 1–24.
- YOMIURI SHINBUN (2010), *April 2010 Japan-South Korea Joint Public Opinion Poll*, <http://www.mansfieldfdn.org/polls/2010/poll-10-10.htm> (22.04.2010).
- ZHANG, JIAN (2007), »The Influence of Chinese Nationalism on Sino-Japanese Relations«, in: HEAZLE, MICHAEL und NICK NIGHT (Hg.), *China-Japan Relations in the Twenty-first Century: Creating a Future Past?*, Cheltenham: Edward Elgar, S. 15–34.
- ZOLOTOV, EFIM (2006), »On the Situation Surrounding the Island of Tokto«, in: *Far Eastern Affairs*, 34 (4): 26–34.